INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
2 DM
auswärts 2,50 DM

Phillipp Muller
Holger Meins
Jan-Carl Raspe
Werner Sauber
Klaus-Jurgen Rattay
Norbert Kubat
Olaf Ritzmann
Ulrike Meinhof
Cemal Kemal Altun
Thommy Weißbecker
Erna Sielka
Andreas Baader
Georg v. Rauch
Alois Sonnleitner
Katharina Hammerschmidt

Conny

Gudrun Enslin
Siegfried Hausner
Ingrid Schubert
Willi-Peter Stoll
Petra Schelm
Gunther Sare
Benno Ohnesorg
Elisabeth v. Dyck

Nr. 80 23. November 1989

VORWORT

ZUM TITELBLATT: Wieder mal ist eine Frau von uns von den Bullen getötet worden. Die Ausreden der Bullen sind oberdreist. Es täte ihnen Leid! Stellt sich nur die Frage, ob es ihnen um den Menschen geht, oder nur weil sie wiedereinmal mehr die Gewaltbereitschaft des Staates zu offen demonstriert haben. Ob es Absicht war oder nicht spielt für uns nicht die entscheidende Rolle; die Bullen nehmen den Tod von Menschen für die Durchsetzung der herrschenden Politik immer in Kauf.
Mit der Auflistung der Namen auf der Titelseite wollen wir den Tod von Conny nicht relativieren, sondern die Kontinuität der Bullen aufzeigen. Sie ist sicherlich nicht vollständig; es gab noch viel mehr Tote, die namenlos geblieben sind, die Toten in den Knästen, die z.B. bei einem Autobruch auf der Flucht Erschossenen usw.. Aber alle passen in ihr Konzept, das Abschrecken und Absichern der Staatsmacht heißt. Offiziell ist die Todesdtrafe abgeschafft, aber die Realität war schon immer eine andere, und das neue Gesetz zur bundesweiten Einführung des finalen "Rettungsschußes" wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Von der Demo am 21. 10. in Düsseldorf haben wir einen Bericht bekommen, den wir leider nicht abdrucken konnten,weil er fast nicht zu entziffern war. Also schickt uns bitte gut leserliche, schwarz/weiße und nicht dunkel-/hellgraue Vorlagen.

Eine Sylvia aus Halle/Saale (DDR) hat uns geschrieben; irgendwie verwechselt sie uns mit Leuten, die vor kürzerer Zeit in Halle waren und bei der Mahnwache vorbeigeschaut haben (darunter ein SEW-Mensch an dessen Namen sie dich nicht erinnern kann). Wer was damit anfangen kann soll sich bitte bei der Frau melden.

Noch eine Bitte: Schreibt uns keine Anfragen weil ihr alte Nummern braucht oder so. Wir sind mit unsere normalen Arbeit an diesem Magazin schon genug ausgelastet. Wir glauben das es genug Archive in den einschlägigen Kopierläden, Buchhandlungen und linken Archiven gibt.
Und nochmal: **Es gibt keine Einzelabos!!!!!** Bildet Banden,ab 5 Stück kommen sie zu euch ins Haus oder den nächsten Buchladen.

INHALTSVERZEICHNIS:

Seite

Im Ordner:
"Wann demonstrieren wir" von Moabiter Antifaschisten; mehrere Briefe aus Tegel; Texte aus Freiburg zum Thema Internationalismus sowie ein Flugi aus Gelsenkirchen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

ZUR ERMORDUNG VON CONNY IN GÖTTINGEN:

Aus einem Augenzeugenbericht:
"Es fing an um 20.50 h,als 6-8 AntifaschistInnen in der Burgstrasse vor einer Kneipe stande. 8 Neonazis, mit Knüppeln bewaffnet,kamen aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf 2 Faschos verletzt wurden. Nach diesem Zusammenstoß zogen sich die AntifaschistInnen zurück. Einer davon wurde von den Bullen festgenommen und nach der Personalfeststellung freigelassen. Andere Leute, die nach dieser Aktion über Telefon verständigt wurden, trafen etwa 10 Minuten später ein. Diese Menschen (20-25) zogen dann in Richtung Innenstadt, wobei die Bullen mehrere Sperren errichteten.Diese wurden umgangen,um in Richtung Uni zu gelangen mit dem Ziel, sich dort aufzulösen. Über Funk sprachen die Bullen von den "Chaoten". Sie kümmerten sich erst einmal um die Neonazis, welche sie aus der Innenstadt hinausbegleiteten. Als die Neonazis die Stadt verlassen hatten, wollten die Bullen die AntifaschistInnen angreifen. Sie fragten wörtlich über Funk: "Sollen wir sie Plattmachen?" . Es folgte eine Abstimmung über Funk, in der Sich die Bullen für "Plattmachen" entschieden. Sie zogen eine Hundestaffel sowie mehrere ZSK's (Zivile Sonderkommandos) und einige Streifenwagen zusammen. Die AntifaschistInnen waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Uni-Gelände in einem Durchgangsweg. Die Bullen kamen von zwei Seiten und versuchten, die Menschen festzuhalten. Sie standen am Ausgang des Durchgangs zu einer sehr stark befahrenen vierspurigen Straße. Ein Wagen stellte sich den AntifaschistInnen in den Weg, ein anderer stand kurz dahinter, wobei ein Bulle mit Kelle eine der vier Fahrspuren absperrte. Dies alles jedoch ohne Blaulicht und dadurch für herankommende AutofahrerInnen erst sehr spät zu erkennen. Auf den anderen Fahrbahnen lief der Verkehr weiter. Die AntifaschistInnen versuchten, um die beiden Wagen herumzukommen, als ein dritter Wagen auf der Mitte der Fahrbahn hielt. die Bullen sprangen mit gezogenem Knüppel aus diesem Wagen heraus und Versuchten,die Menschen zu schlagen und abzugreifen. Dabei setzten sie auch noch Tränengas ein. Conny versuchte, einem der Bullen, der auf sie zulief, in die einzige mögliche Richtung auszuweichen (Richtung Zweite Fahrspur). Zu diesem Zeitpunkt kam ein PKW mit recht hoher Geschwindigkeit heran. Conny wurde erfasst, durch die Luft geschleudert, und war sofort tot.
Die Bullen schlugen weiterhin auf die AntifaschistInnen ein und versprühten CS-Gas. Sie forderten sogar einige Leute auf, sich neben Conny auf die straße zu legen. Menschen, die sich um Conny kümmern wollten, wurden von den Bullen mit Knüppeln und Hunden bedroht. Keiner Der Bullen bot an erste Hilfe zu leisten Der Notartzt, der etwa 8 Minuten später eintraf, stellte nur noch den Tod fest. Mittlerweise hatten sich 2 Zivis unter die AntifaschistInnen gemischt und versuchten,sie dazu zu bewegen, Steine zu schmeissen, was ihnen nicht gelang"

Direkt danach begannen die Bullen Falsch informationen an die Presse zu geben. Der am Samstag im Göttinger Tageblatt erschienene Polizeibericht war mit "Tödlich verletzt nach einem Streit" überschrieben. In dem Artikel stand, Conny sei "Aus noch ungeklärter Ursache" auf die Straße gesprungen. Über den Rundfunk ließen die Bullen verbreiten, Autonome hätten den Notarztwagen behindert. Der Zweck dieser Propagandalügen: die Bullen wollen ihren politischen Mord an Conny verschleiern und daraus auch noch Kapital schlagen, indem sie ihre Verhinderung der Erste-Hilfe-Leistung umlügen.

Damit der Angriff auf die AntifaschistInnen möglichst unbemerkt vonstatten gehen konnte (kein Blaulicht), haben sie diesen "Unfall" bewußt in Kauf genommen.



Die Bullen hatten sich in den letzten Wochen in der Göttinger Presse als neutrale Hüter von Ruhe und Ordnung darstellen lassen, die die Angriffe der Faschos auf das Juzi und seine BesucherInnen verhindern. Der Kampf zwischen Faschisten und AntifaschistInnen wurde dabei als eine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendbanden präsentiert. Die Angriffe der Faschos waren in den letzten Monaten so massiv geworden, daß nicht nur Autonome, sondern auch andere Gruppen wie Skater, Grufties, Discobesucher usw. damit begannen, den antifaschistischen Selbstschutz gemeinsam zu entwickeln. Seit dieser Zeit sehen die Bullen nicht mehr tatenlos zu,wenn Skins sich in der Stadt herumtreiben, sondern bringen sie unter Schutz an den Stadtrand. Es ist zwar nicht neu, daß in Göttingen Linke und AntifaschistInnen von der Polizei verfolgt und gejagt werden, im Gegenteil.

Die Treibjagd vom letzten Freitag nahm jedoch ein seit langem nicht mehr gekanntes Ausmaß an.

Doch der Mord an Conny wird nicht vergessen werden. Bereits wenige Stunden nach bekanntwerden von Conny´s Tod fand im Hamburger Schanzenviertel eine Spontandemo statt, bei der u.a. eine Polizeiwache entglast wurde. Die Menschen im Schanzenviertel erinnern sich dabei auch an den Antifaschisten Olaf Ritzmann, der 1980 bei einer antifaschistischen Demo vor die S-Bahn getrieben wurde und dabei ums Leben kam. Auch in vielen anderen Städten der BRD und in West-Berlin kam es in den darauffolgenden Tagen zu Demonstrationen und gezielten Aktionen.

Seit der Nacht vom 17./18.11. hielten wir die Stelle des Mordes besetzt. Viele Menschen brachten Blumen und Kerzen an den Platz, an dem unsere Freundin und Genossin starb. Zwei Tage und zwei Nächte war dort der Platz der Trauer, der Diskussion und der Information.

Am Sonntag, den 19.11. um 19.30 Uhr haben wir unsere Mahnwache beendet. Bevor wir gingen, stellten wir dort einen Gedenkstein und eine Mahntafel auf. Außerdem wird dieser Ort auch Ziel der bundesweiten Demo am nächsten Samstag sein.

Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Teil der Kämpfe, die Conny mit uns gemeinsam führte.
Sie wird weiterleben in unseren Kämpfen für ein kollektives selbstbestimmtes Leben, ohne Ausbeutung und Herrschaft.

BUNDESWEITE DEMO: GÖTTINGEN

SA. 25.11.89 13.00 UHR WILHELMSPLATZ

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

VON TRAUER UND WUT ZUM KAMPF!

BRAUNE BRÜHE IM REICHSTAG!

"Deutsche Frage - Europäische Antwort" - Das war der Titel und zugleich das Motto des Kongresses der "PANEUROPA JUGEND DEUTSCHLAND E.V."(PEJ), der vom 3. - 5. November im Reichstag stattfand. Die PEJ ist die Jugendorganisation der "PANEUROPA-UNION DEUTSCHLAND", einer undurchsichtigen Auffangorganisation von mehr als 80 korporativen Mitgliedorganisationen des rechten Parteienrandes; von faschistischen und neo-faschistischen Verbänden. Seit ihrer Gründung 1923 hat sich die Paneuropa-Union (PEU), deren Mitglieder aus CDU/CSU, der NPD, ital. und span. Faschisten-, Vertriebenen-, und Revanchisten-Verbänden, Landsmannschaften, dem "Witikobund" und anderen dubiosen rechten Bünden stammen, vor allem ein Ziel: ein vereintes Großeuropa - unter großdeutscher Führung! Zitat eines Mitgliedes: *"Wir müssen jedermann klarmachen, daß wir Großeuropäer sind: Für uns endet Europa nicht an der Linie, die an einem Unglückstag im Februar des Jahres 1945 von Nichteuropäern quer durch unseren Erdteil gezogen wurde ..."*

"Paneuropa", also Gesamt- oder Groß-Europa, soll durch die Errichtung einer europäischen Großraumwirtschaft mit vereinheitlichtem Markt, vereinheitlichtem Recht, Normierung und Rationalisierung der Industrieproduktion entstehen. Daß ein solches Europa für das internationale Großkapital gewinnbringend ist, dürfte jedem klar sein, der die Pläne der Binnenmarkt-92-Strategen unter die Lupe nimmt. Es sind genau die gleichen Absichten, die im Dienste des Kapitals u.a. die Auswanderung und Verödung ganzer Landstriche vorprogrammieren. Vereinheitlichung des Rechts bedeutet dann z.B: Der BRD-Imperialismus setzt den Paragraph 129a europaweit durch und exportiert Sicherheits- und Fahndungsnetzwerke samt den dazugehörenden Hochsicherheitstrakten. Dagegen beschert die Vereinheitlichung des Marktes der SIEMENS AG und anderen Großkonzernen den Vorteil, nur noch 2 oder 3 statt der bislang 30 verschiedenen Stecker produzieren zu müssen. Da von den 100 größten Konzernen in Europa 35 (!) aus der BRD stammen, u.a. die drei weltgrößten Chemie-Unternehmen (Bayer,BASF,Hoechst), sowie die größte nicht-japanische Bank (Deutsche Bank AG) bundesrepublikanisch sind, ist schon erkennbar, wer die Chefetage des werdenden "Europäischen Hauses" unlängst bezogen hat. Die BRD hat sich den traurigen "Titel des Export-Weltmeisters" schon zu 65% auf Kosten der anderen EG-Staaten "erwirtschaftet" ! Schon bevor die nun käuflich gewordene DDR ganz von der "BRD" einverleibt wird, haben sich die Ziele der Paneuropa-Union - in der Tradition nationalsozialistischer Eroberungspolitik stehend - mit den Zielen der "liberalen Neuordnung Europas" getroffen und sind sich in einem einig: Die Führung in Europa gebührt der BRD!

Wen sollte es in diesem Zusammenhang wundern, daß die Paneuropa-Union sehr einflußreiche Gönner hat und sich sogar ihr jugendliches Publikum des angeblichen Jugendverband-Treffens in Westdeutschland einkaufen konnte. Mehr als 30000 DM hat man dafür gezahlt, daß 340 SchülerInnen verschiedener Gymnasien aus Wessiland für 30 DM eine dreitägige Berlinreise geboten bekamen. Sie mußten dafür unterschreiben, an den Veranstaltungen im Reichstag teilzunehmen, was man militärisch genau prüfte, andernfalls jedoch 90 DM "nachzuzahlen". Da in den zahlreichen Unterorganisationen verschiedene Mittelsmänner und Vertreter u.a. von der SIEMENS AG, der Deutsche Bank AG oder des Likör-Industriellen Eckes, Funktionen innehaben, wird es der Paneuropa-Union nicht an Geld fehlen. Dennoch versuchte sie zweimal betrügerisch und vergeblich die "Bundeszentrale für politische Bildung" für die Schüler zahlen zu lassen.

Ihre eigentliche Blüte erreichte die Paneuropa-Union seit 1973 mit ihrem neuen Führer, Otto (von) Habsburg, einem engen F.J. Strauß - Freund und im gleichen Jahr Kandidat im faschistischen Franco-Spanien für das Amt des Ministerpräsidenten. Habsburg ist unter anderem Mitglied in der "Sudetendeutschen Landmannschaft", beim ehem. "Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Hess", Autor in sämtlichen braunen Blättern vom "Bayernkurier" bis zur "Nationalzeitung" und räumt der NPD "wertvolle europäische Ordnungsvorstellungen" ein. ("DVZ", 78)

Aber lassen wir ihn einfach selbst zu Wort kommen. 1978 veröffentlichte er in der "Zeitbühne" seinen Notstandsplan: "Das Wesentliche wäre: Alle Macht wird ohne Verzug auf neun Monate an eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte .... das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind."

Kurz darauf wurde er Kandidat der CSU im Europaparlament, deren Spitzenkandidat er heute ist und wo er schon 1979 mit über 40 anderen Paneuropäern saß. Wie "dieser Mann" alle Macht an sich reißen kann, teilt Habsburg 1973 in der "Zeitbühne" mit: "Der griechische Staatsstreich war ein erstes Beispiel: es waren nur ganz wenige unbekannte Offiziere, die das Land übernahmen ... Noch eher dürfte dies in den hochindustrialisierten Ländern möglich sein." Anläßlich seiner Blitzeinbürgerung durch die CSU 1978 wollte er "die Achse Brüssel-Bonn-Straßburg ostwärts zu einer Linie Wien-Prag-Berlin verlagern". In der hauseigenen Zeitung der PEU, "Paneuropa-Deutschland", faßt er seine Vorstellungen noch einmal zusammen: "Wir wollen vor allem, daß sich diejenigen, die uns im europäischen Parlament vertreten, unzweideutig als Großeuropäer bekennen."

Derselbe Otto (von) Habsburg kandidiert heute in Ungarn für das Amt des Ministerpräsidenten!!!

Wenn dieser Faschist mit seiner übelriechenden Organisation es immerhin schon geschafft hat, im Reichstag Kongresse abzuhalten, daneben einen Gottesdienst "für die Opfer des SED-Regimes" mit anschließender Kranzniederlegung an der Mauer abzuhalten, wenn schon wiedereinmal die braune Masse aus und in den Reichstag quillt, dann sollte das ein Signal sein, die Spülung zu betätigen!

EG-BINNENMARKT 1992

Vier Freiheiten soll der Binnenmarkt bringen.Was für vier Freiheiten?Freiheiten für den Verkehr von Waren,Personen,Dienstleistungen und Kapital.Freiheiten für wen?Das läßt sich in einem Wort sagen:für die Monopole.Nun,was heißt das?
Ein Monopol ist ein Konzern,der eine marktbeherrschende Stellung innehat,also den Markt in einem Bereich kontrolliert.Das größte Monopol der BRD z.B. -und eines der größten der gesamten EG- ist die Deutsche Bank:63 der 75 größten BRD-Konzerne stehen über Aktienbesitz,Depotstimmenrecht und personelle Verflechtungen unter der Kontrolle bzw. dem bestimmenden Einfluß der Deutschen Bank.Dazu gehört auch der Daimler-Benz-Konzern,der seinerseits nach der Übernahme von MBB den Rüstungssektor der BRD kontrolliert.Doch das ist nur ein nationaler Aspekt dieses Konzernriesen.Wiederum über Daimler-Benz ist die Deutsche Bank z.B. ein wesentlicher militärischer Unterstützer des südafrikanischen Rassistenregimes (durch Rüstungslieferungen nach und -produktion in S.A.).
Aber was hat das mit der EG zutun?Herrhausen,Vorstandssprecher der Deutschen Bank,spricht,was den EG-Binnenmarkt betrifft,von einem "Aufbruch in eine neue Dimension",einem "Jahrhundertwerk".Die EG wird der Bank,ebenso wie anderen europäischen Monopolkonzernen,als Sprungbrett dienen,um die Welt in Konkurrenz mit US-amerikanischen und japanischen Konzernen neu unter sich aufzuteilen und ihre Ausbeutung zu effektivieren.Aber dazu müssen sie Europa erst einmal neu ordnen.Fusionen stehen an.Das heißt,die großen Monopolkonzerne benutzen alle Mittel,gerade die neuen "Freiheiten" des Binnenmarktes, um andere Konzerne aufzukaufen,wie z.B. kürzlich Siemens -der übrigens in enger Beziehung zur Deutschen Bank steht- zusammen mit General Electric (GEC) (GB) den britischen Elektro- und Rüstungskonzern Plessey aufkaufte.
Schon 1977 realisierten 0,4% aller Industrieunternehmen der EG 52% des Gesamtumsatzes der EG.Dabei ist die Konzentration in den kapitalintensiven "Wachstumsbranchen" noch stärker ausgeprägt:In der Sparte Elektrotechnik/Elektronik sind 1% aller Unternehmen für 75% des gesamten EG-Umsatzes verantwortlich,an ihrer Spitze stehen Philips (NL) und Siemens (BRD),im Kraftfahrzeugbau sind es 0,9% aller Unternehmen für 72% des EG-Umsatzes mit den Spitzenreitern Daimler-Benz und VW (BRD),und in der chemischen Industrie halten 0,8% aller Unternehmen einen Marktanteil von 67%,vor allem die drei weltgrößten Chemieriesen Bayer,BASF und Hoechst (BRD,in dieser Reihenfolge).Die BRD-Unternehmen sind also in fast allen Sektoren

führend in der EG,von diesen genannten Unternehmen wiederum gehören bis auf Hoechst alle zur Deutschen Bank-Finanzgruppe oder deren nächstem Umfeld.Die Verflechtung solcher transnational produzierdenden Monopolkonzerne wie der Deutschen Bank oder der Royal Dutch/Shell Group (größter EG-Multi) ist innerhalb der EG so weit fortgeschritten,daß 1980 schätzungsweise 30% der EG-Exporte in Wirklichkeit konzerninterne Transaktionen,d.h. zwischen den jeweiligen Mutter- und Tochtergesellschaften allein innerhalb der 100 größten Unternehmen waren.So ergibt es sich von selbst,daß diese Konzerne ein starkes Interesse am Abbau administrativer,technischer und verkehrspolitischer Handelshemmnisse haben und die Verwirklichung des Binnenmarktkonzeptes vorantreiben.



In der Konsequenz bedeuten die galoppierende Konzentration und Verflechtung **folgendes:** Einerseits kann in den -selbst im bürgerlichen Sinne nicht demokratisch legitimierten- EG-Institutionen keine Entscheidung gegen den Willen der Multis gefällt werden. So dauerte es ganze elf Jahre, bis im Ministerrat eine Richtlinie über die Beschaffenheit von Thermometern verabschiedet werden konnte,da das deutsche Monopolunternehmen die Entscheidung erfolgreich blockiert hatte.

Andererseits
heißt das,daß ganz im Sinne der Monopolisierung unrentable Produktionsstandorte geschlossen werden und den Belegschaften gekündigt wird.Besonders sogenannte "strukturschwache Regionen" wie das Ruhrgebiet oder die englischen Midlands werden davon betroffen sein.Das ist auch klar,wenn zugleich Subventionen aller Art gestrichen werden,wie es heißt,"um konkurrenzfähig zu bleiben".Mehrere tausend Menschen werden von den Monopolkonzernen um ihren Job gebracht werden,wenn die technischen und Produktionsnormen vereinheitlicht werden,was ja ein Hauptziel der EG ist.Philips will z.B. 60 der 180 EG-weiten Filialen dichtmachen und 20000 ArbeiterInnen feuern,wenn in ganz Europa nur noch eine Steckernorm für Elektrogeräte existiert.Die Rausgeschmissenen werden durch die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes gezwungen werden,überall in Europa einen neuen Job zu suchen,wenn sie wieder Geld verdienen wollen. <u>Das</u> steckt hinter der viel gepriesenen "Mobilität und Flexibilität" in Europa.
Diese Mobilität und Flexibilität soll vor allem über die Zerstörung der von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften sozialen Standards von der ArbeiterInnenschaft erpreßt werden.Das sagt nicht nur M.Thatcher,sondern auch solche bürgerlichen Liberalen wie Lothar Späth (war übrigens auch schon Redner bei der Paneuropaunion):
"Eine Harmonisierung auf dem jeweils höchsten Schutzniveau,wie von deutschen Gewerkschaften gefordert,ist illusorisch.1)"
Kurz und knackig sagt es die Deutsche Bank:"Flexibilisierung der Arbeitszeit ist wichtiger als ihre Verkürzung.2)"D.h.,35-Stunden-Woche,freier Samstag/Sonntag (siehe W.-berlin nach Grenzöffnung-ein Anfang?),ebenfalls natürlich Sicherheits- und Arbeitsschutzvorschriften müssen der Macht der Monopole geopfert werden.Die Konsequenz kann so aussehen (O.-Ton Späth):"Niemand wird es (...) 1993 einem portugiesischen Bauunternehmer verwehren können,mit seinen Leuten und zu den in Portugal geltenden Arbeitsbedingungen in Deutschland Bauaufträge auszuführen...(oder auch) mit deutschen Arbeitnehmern Arbeitsverträge zu schließen,die beispielsweise längere Arbeitszeiten bei entsprechender Vergütung vorsehen,weil das zugrunde gelegte ausländische Recht dies zuläßt.3)" Ein gleiches gilt für die Mitbestimmung in Betrieben.Mit dieser Strategie schlägt das Kapital zwei Fliegen mit einer Klappe:
1.Die ArbeiterInnen werden gezwungen,unter sich ständig verschlechternden Bedingungen zu arbeiten,und

2.können die Kapitalisten so die ArbeiterInnen verschiedener Länder noch besser gegeneinander aufhetzen und deren Wut über die verschlechterten Bedingungen besser gegen die ausländischen KollegInnen wenden,mit Rassismus à la REP.
Was für den Arbeitsschutz gilt,gilt natürlich auch für den Umweltschutz,der ist unwichtig in der EG im Vergleich zum Profit der Großkonzerne.Und was sagt die große,alte "Arbeiterpartei SPD" dazu?Und der DGB?Werden sie nicht die ArbeiterInneninteressen schützen und den Binnenmarkt bekämpfen?Irrtum:"12 gute Gründe für ein Europa der 12" war das Thema der diesjährigen 1.Mai-Demo des DGB.Was den Umweltschutz in Europa betrifft,sagt die SPD: "Strikte Umweltschutzauflagen bei uns (sind) weniger effektiv als etwas weniger strikte Auflagen bei uns und dafür mehr Umweltschutzauflagen in Osteuropa."So hat nicht nur der Kapitalist was vom Niedergang des Ostblocks,der dort direkt seine Geschäfte betreibt - schließlich gewährt beispielsweise Ungarn bei Neugründungen in den ersten vier Jahren Steuerfreiheit- ,der Kapitalist hier darf dafür ein bißchen mehr Dreck machen4).
Damit sind wir auch schon bei einem weiteren Zielgebiet der EG, der wichtigen Gründungsabsicht der EWG,dem "roll-back" des Sozialismus in Osteuropa.Heute bietet sich dem Kapital endlich die heißersehnte Gelegenheit,seine alten Großraumphantasien in Osteuropa zu realisieren:Mit Krediten wurden und werden schon Polen und Ungarn wirtschaftlich abhängig gemacht und erpreßt,Reformen zu machen,die dem Kapital passen.Diese Kredite werden übrigens von der NATO als Verteidigungsausgaben angerechnet.Doch hören wir SIE selbst,-der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD zur Reformpolitik in den RGW-Staaten:"Reformen müssen vor allem auf Preisreformen zielen,also eine markt- und kostenorientierte Preisgestaltung",und dies bedeute für die Bevölkerung,von der bereits "große Teile in Armut leben",höhere Mieten,höhere Lebensmittelpreise,höhereArbeitslosigkeit "und weitere Einschränkungen des Lebensstandards".Und das wichtigste:Die Entscheidungen über die Verwendung der Kredite "treffen ausschließlich die Kreditgeber." Z.B. in Polen:50 Jahre nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht ist die Deutsche Bank mit ihrem Sprecher,Alfred Herrhausen,wieder am Drücker:Die westlichen Industriestaaten sollten eine "Anstalt zur wirtschaftlichen Erneuerung" Polens gründen und finanzieren.Er,Herrhausen,sei davon überzeugt,daß Polen dagegen nichts einzuwenden habe,selbst wenn diese Anstalt unter ausländischer Kontrolle stehe.5)

Großeuropa-Pläne des BRD-Kapitals



Die Banker müssen nicht mehr ihre faschistischen Mörderbanden vorschicken, sondern können heute zur Eroberung des Ostens bequem selbst fliegen; dabei werden sie noch von den ehemals "sozialistischen" Machthabern bekniet, daß sie gar oft kommen mögen (womit die Pseudokommunisten das Volk zum zweiten Mal verraten). Auch die "Wiedervereinigung" gewinnt in der EG eine neue, gleichsam mühelose Perspektive, und zwar für die Sozialdemokraten nach dem Motto "jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" (Willy Brandt): "Beide deutsche Staaten dürfen das Zusammenwachsen Europas nicht behindern. Sie müssen es fördern. Wir Sozialdemokraten werden unsere Kräfte darauf richten, daß die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas vollendet werden kann." (SPD-Flugblatt, kürzlich verteilt an BRD- und DDR-Bürger) Uns als Linksradikalen muß klar sein, daß nach der Niederwerfung des Stalinismus durch den Widerstand des Volkes in den Noch-RGW-Staaten das internationale Kapital schon längst die Startlöcher verlassen hat, um in Zusammenarbeit mit vielen der "Reformer" das Volk zu verraten und die osteuropäischen Staaten in einer Art Halbkolonialstatus für die EG zu annektieren. Hier ist unser Bündnis mit den Linken dieser Staaten gefragt - für eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

GEGEN STALINISMUS UND KAPITALISMUS!

KAMPF DEM EUROKAPITAL!

NIE WIEDER DEUTSCHLANDLAND!KEINE "WIEDERVEREINIGUNG",AUCH NICHT IN DER EG!

KAMPF FÜR DIE REVOLUTION IN DEN EUROPÄISCHEN METROPOLEN!

RGW 92 - REVOLUTIONÄRiNNEN GEGEN WESTEUROPA 92

1) Der Spiegel 40/1989,S.73
2) Geschäftsbericht der Deutschen Bank 1988,S.18
3) Spiegel,a.a.O.,S.77
4) Konkret 11/89,S.33
5) ebenda,S.32/33

Weitere Quellen:

Margit Scherb,Inge Morawetz(Hg.),Der unheimliche Anschluß,Österreich und die EG,Wien 2,1988

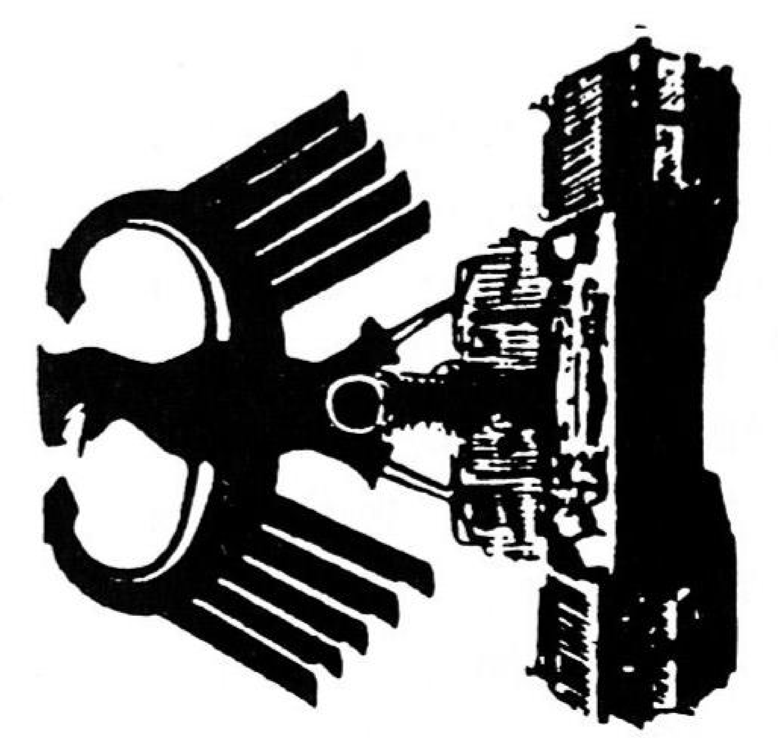
Arbeiterkampf 308,S.26/27

Das Imperium der Deutschen Bank,Hermanns Pfeiffer,Campus 1986

manager magazin Juni und Juli1989

PROKLA 75,Euro-Fieber,Juni 1989

Rüstungsexport = Mord



Rüstung wird eingesetzt ...

Mit bundesrepublikanischer Rüstung wurde bzw. wird Krieg geführt: z.B. im Iran/Irak; z.B. zur Unterdrückung der türkischen und peruanischen Opposition; z.B. zur Vorbereitung von Angriffskriegen (U-Boote für Südafrika) ...

... mit Billigung der Bundesregierung

Trotz Abrüstungseuphorie ist die Bundesrepublik das viertgrößte rüstungexportierende Land. Rüstungsindustrie und Genehmigungsbehörden scheuen zwar das Licht der Öffentlichkeit. Aber illegale Exportgeschäfte sind Ausnahmen. Die Regel ist die Genehmigung durch die Bundesregierung.

Stoppt den Rüstungsexport!

Die Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" arbeitet gegen diese Praxis. 1988 z.B. konnte die Lieferung wichtiger MBB-Militärelektronik an Südafrika verhindert werden.
Recherche, Information der Öffentlichkeit und Aktionen sind unsere Mittel.
Wir wollen diese Arbeit weiterführen! Dazu sind wir aber auf Ihre bzw. Eure Mitarbeit angewiesen. **Über Möglichkeiten zur Mitarbeit oder Unterstützung informieren wir gerne.**

Bundeskonkreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) - Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1
Tel. 0421/32 60 45

0 **Ich will erst mal Belege für die obigen starken Behauptungen sehen. Senden Sie mir entsprechende Informationen zu.**

0 **Ich will mehr über Möglichkeiten der Mitarbeit bzw. die Rüstungsindustrie in meiner Region erfahren. Für die Zusendung entsprechender Materialien lege ich 5DM in bar bei.**

Absender: (Name, Anschrift, PLZ/Ort, Telefon)

DDR D D R DDR D D R DDR D D R DDR D D R DDR D D R DDR D D

Noch ein kurzer Hinweis **zum Kongreß der "Vereinigten Linken"** am kommenden Wochenende in Ost-Berlin: **wie wir erfahren haben ist eine Anmeldung** unbedingt erforderlich; Anmeldeschluß **war am Mittwoch. Außerdem** gibt es eine Obergrenze für TeilnehmerInnen aus dem "kapitalistischen Ausland".

telegraph

Aktuelle Blätter der Umwelt-Bibliothek Berlin
Griebenowstrasse 16, Berlin 1058

Nr.8 Redaktionsschluss 16. November, 24 Uhr

Kommentar: Aussichten trübe?

Die DDR-Regierung hat geruht, die Grenze nach Westen wieder zu öffnen. Sie tat das ebenso bei Nacht und Nebel und über die Köpfe der Bevölkerung hinweg wie bei der gewaltsamen Schließung im Jahre 1961. Immerhin aber bleiben die Löcher in den Mauern ein populäres und erfreuliches Ergebnis. Verwandte und Freunde, Aus- und Eingesperrte, konnten sich nach Jahren, oft Jahrzehnten sehen und eine neue fremdartige Welt der Farben erschloß sich allen und zwar völlig ohne Reiseprivilegien.

Das alles ist ganz nett für den Anfang, trotzdem können und wollen wir nicht aufhören zu kritisieren und die Dinge beim Namen zu nennen. Und es gibt einiges zu bedenken. Wie gesagt, eigentlich war die Öffnung der Grenze, ebenso wie deren Schließung 1961, ein Gewaltakt. Das ZK der SED suchte nach Wegen, dem Druck von der Straße auszuweichen und öffnete die Schleusen des SED-Staats. Vorbereitet war nichts, weder politisch, verwaltungs- und finanztechnisch oder gar wirtschaftlich. Und so begann das Ost-West-Gefälle seine aus der Zeit vor 1961 bekannten Konturen zu zeigen. Während ein Teil der DDR-Bürger noch das Begrüßungsgeld verzehrte, packten andere bereits auf dem Westberliner Polenmarkt aus dem Lada die Kindersachen zum Verkaufen aus. Ab Mittwoch gab es lange Schlangen vor Ostberliner Sparkassen. DDR-Bürger lösten ihre Konten auf, um sie im Westen verzubeln. Die Westberliner Arbeitsvermittlungen haben Hochkonjunktur für Kurzzeitjobs. Der Kurs beträgt 1:10 – von einem Tag Arbeit im Westen kann man im Osten einen Monat leben. Was weiter folgt, ist abzusehen: Weitererer Schwund der Warendeckung der DDR-Währung, Inflation, Bezugsscheinsystem, offene Wirtschaftskrise. Die Situation wird nur noch durch das Eingreifen westdeutscher Banken "gerettet' werden können. Die Weichen sind auf die wirtschaftliche Eroberung der DDR für westliches Kapital gestellt. Es ist, als ob die SED sagen wollte: Bevor wir das Land der Opposition und der Bevölkerung übergeben, machen wir es lieber kaputt und verkaufen es meistbietend an den Westen. LDPD-Chef Gerlach steht in freundlichstem Kontakt zu westdeutschen Konzernchefs und Politikern und im ZK der SED wurde die Konföderation mit der BRD erörtert.

Trübe Aussichten also für den größten Teil der Bevölkerung, besonders für die, die wie wir hofften, endlich eine politische Alternative in diesem Lande verwirklichen zu können. Noch schlechter, wenn die Zahl von 19,2 Milliarden Dollar Auslandsschulden stimmen sollte, die aus einem internen SED-Reformpapier hervorgehen. Das ist zwar brutto, aber Außenstände in Afghanistan und Vietnam sind kaum einforderbar. Ganz davon abgesehen: Wir übernehmen, soviel ist auch jetzt klar, ein wirtschaftlich ruiniertes Land. Fast alle der großen Industriebetriebe sind in den roten Zahlen und sind darüber hinaus technisch so weit veraltet, daß wir sie ohne allzuviel Schamgefühl sofort zu Industriedenkmälern machen könnten. Ganz zu schweigen von den Umweltschutzbelangen. Wir stehen, vor allem auf dem Energiesektor, vor der Aufgabe, aus dem Nichts eine effektive Wirtschaft aufzubauen. Natürlich könnte genau das reizvoll und zukunftsträchtig sein. Die Alternativenergie wurde international in den letzten Jahren durch die Ölkonzerne, die Atomlobby und die mit ihnen verbündeten Regierungen zugrunde gerichtet. Wir könnten alle verfügbaren Patente aufkaufen und durch großzügige Subventionen zum führenden Land für zukunftsweisende Energietechniken werden. In zehn Jahren ein wahre Goldgrube und vor allem für Wälder, Flüsse, Tiere und die Menschen unseres Landes eine Wohltat.

Dazu brauchen wir aber Kredite, hohe Kredite, und zwar aus Quellen, die uns weder wirtschaftlich ausbeuten, erobern, ausweiden oder wiedervereinigen wollen. Zunächst aber müssen wir uns diejenigen endlich vom Halse schaffen, die uns für einen Apfel und ein Ei an die internationalen Konzerne verscheuern wollen.

r.l.

DIE MAUER IST GEFALLEN

Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs mit dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: es ist ein Festtag für uns alle!
Der Alltag wird wiederkehren. Die offene Grenze wird das politische Chaos und die desolate Wirtschaftslage kraß zutage bringen, die die abgetretene Politbürokratie hinterlassen hat. Wer vor 1961 schon dabei war, kennt die Auswirkungen, die uns drohen: Jagd nach der durch schiefes Preissystem überbewerteten DM, die zur Leitwährung für Dienstleistungen, Reparaturen und Mangelwaren wird; Ausverkauf unserer Werte und Güter an westliche Unternehmer (direkt oder indirekt); Grenzgängertum, Schwarzhandel und Devisenschmuggel (insbesondere in Berlin). Unsere Erholungsgebiete werden vom Westmarktourismus überfüllt werden, sicher auch die Sanatorien und Spezialkrankenhäuser von Westmarkpatienten. Unser Geld, das durch Tausch abfließt, wird wiederkehren, preisgestützte Waren aufspüren und die Inflation aufheizen. All das bedroht die sozial schwächere Hälfte der Bevölkerung, während die Westgeld-Löwen oben schwimmen und immer reicher werden.
Wir wollen jetzt keine Panik erzeugen. Wir stemmen uns auch nicht gegen die dringend notwendige Wirtschaftskooperation mit dem Westen. Wir rufen nicht nach Anordnungen und Verboten, die ohnehin nicht greifen werden. Wir rufen aber dazu auf, die drohenden Krisenfolgen nicht hinzunehmen.
Bürgerinnen und Bürger der DDR!
Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Revolution in Gang gesetzt, haben das Politbüro gestürzt und die Mauer durchbrochen.
Laßt Euch nicht von den Forderungen nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! Ihr wurdet weder zum Bau der Mauer noch zu ihrer Öffnung befragt, laßt Euch jetzt kein Sanierungskonzept aufdrängen, das uns zum Hinterhof und zur Billiglohnquelle der Westens macht! Achtet genau darauf, wem die jetzt eintretenden Unternehmungen und Geschäfte Vorteil bringen werden und wie hoch die sozialen Kosten sind. Laßt das Land nicht verhökern und Euch nicht als Mietsklaven verdingen!
Wir werden für längere Zeit arm bleiben, aber wir wollen keine Gesellschaft haben, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen. Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen!
Fordert die Erfüllung der politischen Reformen und die Ausarbeitung eines sozialverträglichen Wirtschaftskonzepts. Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften; fordert die sofortige schonungslose Offenlegung der tatsächlichen Wirtschaftslage.
Laßt nicht zu, daß die Politbürokratie sich aus ihrer Verantwortung davonstiehlt und Euch das Auslöffeln der Suppe überläßt!

12.11.1989

Für die Initiativgruppe NEUES FORUM
Jens Reich, Sebastian Pflugbeil, Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Eberhard Seidel, Jutta Seidel

FÜR EINE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DER WERKTÄTIGEN

Kolleginnen und Kollegen!
Wir gehen davon aus, daß Euch unser Aufruf, der bei der Protestdemonstration am 4. November 1989 in Berlin verteilt bzw. verlesen wurde, zur Kenntnis gelangt ist. Ein Anzeichen dafür sehen wir in der Tatsache, daß bereits zwei Tage später auch der FDGB-Bundesvorstand die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche erhob. Anmerken wollen wir noch, daß dieser Aufruf noch vor der Wahl von Kolln. Kimmel und ihrer Äußerung in diesem Zusammenhang verfaßt wurde.
Es ist und bleibt jedoch wahr, daß der FDGB als gewerkschaftliche Interessenvertretung versagt hat und daß gerade in der heutigen Zeit sich abzeichnende Veränderungen im Steuerrecht, Arbeitsrecht, Entlohnung etc. eine echte, unabhängige Gewerkschaft nötiger denn je machen. Wir haben auch weiterhin Zweifel daran, daß der FDGB diese Gewerkschaft sein kann, d.h., daß sich der FDGB soweit reformieren kann, daß Neugründungen überflüssig werden. Aufgrund der letzten Äußerungen von Kolln. Kimmel bezüglich Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit, Wende, Eigenständigkeit usw. wollen wir diese Möglichkeit aber auch nicht generell und von vornherein ausschließen, vorausgesetzt, daß eine Neuorganisation der Gewerkschaft von unten stattfindet.
Um welche Inhalte soll es dabei gehen?

- um eine Arbeitsvertretung, die unabhängig von Partei, Staat und Betriebsleitung ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht bei allen betrieblichen Angelegenheiten wie Einstellungen, Kündigungen, Urlaubsansprüche, Arbeitsorganisation, Arbeits- und Lebensbedingungen, Gesundheits- und Arbeitsschutz, vor allem auch bei der Verteilung der betrieblichen Fonds, einschließlich der Bildung und Verwendung der Gewinnabführungen der Betriebe, hat,
- um eine öffentliche Kontrolle über alle wirtschaftlichen und technischen Angelegenheiten des Betriebes, der staatlichen Leitungstätigkeit und der Gewerkschaft,
- um eine direkte und geheime Wahl der staatlichen Leiter aller Ebenen unter mehreren Kandidaten,
- um eine Einstellung und berufliche Aufstiegschance für alle Werktätigen nach fachlichen Gesichtspunkten, ohne Berücksichtigung ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei oder Massenorganisation,
- um die Aufnahme der Tarifverhandlungen durch zu wählende Kommissionen zur umgehenden Neugestaltung der Rahmenkollektivverträge und Betriebskollektivverträge, einschließlich einer Urabstimmung über die Annahme der Verträge unter der Belegschaft,
- um ein Recht auf Versammlungsfreiheit in den Betrieben,
- um die sofortige Ausweisung der hauptamtlichen Funktionäre von SED, FDJ und DSF aus den Betrieben, Öffnung und Bereitstellung von Betriebsräumen für alle Parteien, Massenorganisationen und Oppositionsgruppen nach Arbeitsschluß für deren außerbetrieblichen Aktivitäten,
- um die sofortige Abschaffung von Privilegien aller Leitungskader,
- um die Ausarbeitung eines Streikrechts,
- um die Einführung der 40-Stunden-Woche,
- um die Erhöhung der Mindestrenten und die Herabsetzung des Rentenalters,
- um die Übernahme der Betriebszeitungen in die Hände der Gewerkschaft,
- um die völlige Offenlegung der Verwendung von Gewerkschaftsgeldern, einschließlich Soli-Beiträgen, keine Abführung von Geldern an den alten Gewerkschaftsapparat bis zur endgültigen Klärung der Verwendungszwecke!
- um die schnelle Kontaktaufnahme zu anderen Gewerkschaften und Betrieben innerhalb und außerhalb unseres Landes. Solidarität muß sein!

Kolleginnen und Kollegen! Diskutiert, ergänzt, konkretisiert diese Forderungen in Euren Arbeitskollektiven!

Bezugnehmend auf entsprechende Pressepolemiken erklären wir, daß uns der Zusammenhang von sozialen Verbesserungen und Effektivitätserhöhung durchaus geläufig ist. Der überwiegende Teil von uns ist auch zu höheren Leistungen bereit. Die Voraussetzungen zu schaffen, ist jedoch Aufgabe der entsprechenden staatlichen Stellen. Aufgabe der Gewerkschaften muß es dabei sein, dafür zu sorgen, daß die zu erwartenden Veränderungen sich nicht zum Nachteil der Werktätigen auswirken und sich Steigerungen von Leistungen bzw. Effektivität auch wirklich in spürbaren sozialen Verbesserungen niederschlagen.

- Initiative für unabhängige Gewerkschaften -

Autonome Peinlichkeit 1989

Bundeswehr und NVA sind zum Schutz der Bonzen da!
Kein Kohl, kein Krenz, kein Großdeutschland!

Mit der Demo vom 12.11. hat die autonome Szene endgültig ihren politischen Verstand abgegeben.
Mal abgesehen davon, daß zwischen NVA und Bundeswehr doch noch einige Unterschiede bestehen, (die Beendigung der Besetzung des Kubat-Dreiecks und der Sprung über die Mauer sind wohl vergessen), und Egon Krenz bei allen Kritikpunkten an seiner Person, der allerletzte ist, der von einem großdeutschen Wirtschaftsraum und den Grenzen von 1937 träumt, zeugt es auch von politischem Unverstand den DDR-BürgerInnen mit Slogans wie "Enteignung statt Kaufrausch" das Einkaufen zu verbieten und unsere politischen Thesen näher bringen zu wollen. Zum Glück ist uns die Tatsache erspart geblieben, daß Autonome in Zusammenarbeit mit Rep's die Mauer abtrugen.

Ohne Bullen kein Krawall.
Nachdem es in Folge des 1.Mai 1989 genug Diskussionen über diesen Satz gab, ist es heute wieder gelungen das Spiel der Deeskalationsstrategen aufgehen zu lassen. Woole ist offen, wir müssen draußen bleiben. Warum wurde nicht praktisch die verlängerte Ladenschlußzeit genutzt, einen Kaufhausspaziergang zu machen und Enteignung/Umverteilung an DDR-BürgerInnen praktisch zu vermitteln. Das wäre bei ihnen sicherlich auf mehr Verständnis gestoßen als leere Sprüche wie "Enteignung statt Kaufrausch" abzulassen. Propaganda der Tat wohl nie gehört?!? Da wird jahrelang über Randgruppen der Gesellschaft diskutiert, in anderen Bereichen wird versucht die "Klasse" zu definieren, auf die man/frau sich beziehen will, jedoch der Nachholbedarf der sich bei diesen Menschen aufgebaut hat, wird arrogant von uns ignoriert. Für den Umstand, daß DDR-BürgerInnen nach gerade mal 3 Tagen Reisefreiheit mit unseren Parolen, die wir seit Jahren vertreten, noch weniger anfangen können als Menschen hier, fehlt jegliche Sensibilität.

Wenn schon dann hätte die Bullenmaschinerie mal hautnah vorgeführt werden können; ein paar Handvoll Bullen ohne Helm wurde nicht aufgemischt. Da wird x-mal am Übertragungswagen von Radio Schamoni am Breitscheidplatz vorbeigetrottelt, nix passiert. Scheinbar steht auch bei PanAm eine Knastkasse. Sextourismus, Abschiebung, PanAm??? Was'n das???

Scheinbar reicht unser politisches Gedächtnis gerade mal ein paar Monate, oder wo sind alle Diskussionsansätze über Patriachat, Internationalismus, IWF, EG '92, und unsere Geschichte hängen geblieben - scheinbar nur in den dicken Ordnern der diversen Archive. Wenn wir gerade noch in der Lage sind, uns innerhalb der Szene zu verständigen, nach außen aber abgesehen von einigen Reimen, in denen mal eben ein/zwei Wörter geändert werden, nichts zu sagen haben, sollten wird unsere Demo's wieder auf das politische Szene-Ghetto SO 36 beschränkenn, das erspart uns in Zukunft derartige Peinlichkeiten. Diesmal sieht es so aus, als würden wir uns selbst ins politische Abseits schieben, war es 1981 noch die Strategie der Herrschenden auf die wir nicht vorbereitet waren, so sind wir diesmal autonom genug, diese Arbeit selbst zu tun.

GRUPPE MOLOTOW

GEPLANTER REDEBEITRAG AUF OST-BERLINER STUDI-DEMO

Folgender Redebeitrag sollte von VertreterInnen "Autonomer Gruppen" am 17.11. auf der Studi-Demo in Berlin - Hauptstadt dr DDR gehalten werden; er fiel dann aber der beisenden Kälte und dem darraus resultierendem vorzeitigen Abbau der Lautsprecheranlage zum Opfer.

Wenn wir heute als VertreterInnen der autonomen/antiimerialistischen Bewegung Westberlins zu euch sprechen dürfen, so stehen wir zuerst vor dem Problem, daß ihr über unsere Kämpfe, unser Leben zumeist nur etwas über die Westmedien kennt und das etwa genauso verfälschend wie das, was wir über euch durch das Neue Deutschland bis vor kurzem erfahren konnten. Wir müssen also zuerst eine gemeinsyme Sprache finden, unsere unterschiedlichen Erfahrungen in den beiden Herrschaftssystemen austauschen.

Für euch ist vielleicht schwer nachzuvollziehen,warumwir in einem der reichsten Länder des Kapitalismus so entschieden das Gesellschafts - und Herrschaftssystem bekämpfen. Für uns wiederum ist die Dimension eures Kampfes gegen Stalinismus und Parteiherrschaft schwer nachzuvollziehen,weil wir nicht seit 40 Jahren damit konfrontiert sind.Dabei müssen wir zugeben,daß die autonome und antiimperialistische Bewegung in westdeutschland eine Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit in den Realsozialistischen Ländern zum Teil aus falsch verstandener Solidarität nicht geführt hat. Der Leninismus und Stalinismus war unter uns jahrelang kaum Thema. Nicht nur an diesem Punkt können wir wohl von euch einiges lernen.
Vielen von uns ist in den letzten Tagen das Blut in den Adern gefroren. Natürlich finden wir es toll ,daß ihr jetzt reisen könnt wie ihr wollt,nur haben nach der Öffnung der Mauer die Westmedien und die bürgerlichen Parteien versucht, weite Teile der Westdeutschen Bevölkerung in einen Wiedervereinigungstaumel zu stürzen. In den Köpfen besonders der Rechten,der CDU und der faschistischen Republikaner wächst die Vision eines geeinten Deutschlands. Sie wollen euch "heim ins Reich" holen. Zugleich sprechen die Reaktionäre von einem Sieg der freiheitlichen Demokratie. Ein CSU Politiker meinte vor kurzem,daß Sozialismus und Kollektivität den Menschen widernatürlich sei.
Eine andere, nicht weniger zu beachtende Variante fährt derzeit die Bonner SPD. Brand,Vogel,Momper und auch Außenminister Genscher setzen eher auf ein Europa ohne Grenzen,von Portugal bis Polen.Wobei sie mit ohne Grenzen vor allem freien Kapital- und Handelsverkehr meinen. Sie bieten der polnischen Regierung gemeinsame Unternehmen in Danzig oder Warschau an,mit bundesdeutschem Kapital und Managament und polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen.Mit diesem Konzept soll auch die Wirtschaft in der DDR in eine noch stärkere Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt gebracht werden. Das bundesdeutsche Großkapital ist dabei besonders scharf auf die niedrigen Löhne und die Qualifikation eurer Facharbeiter und Facharbeiterinnen.Davon wollen sie profitieren. Aus den DDR Arbeitern und Arbeiterinnen wollen sie noch mehr Gewinne herauspressen,als das bei den Westdeutschen derzeit möglich ist - und das ist auch nicht wenig.

Polen und Ungarn sind das neue Leitbild für die Konzernbosse.Eine Gewerkschaft, die mit in der Regierung sitzt und damit die Arbeiter und Arbeiterinnen von Streiks abhalten soll,Subventionsabbau allerorten und freier Kapitalverkehr. Die polnische Arbeiterklasse und bald auch die der DDR soll Milliarden Dollar an Auslandsschulden weiter abarbeiten, wie es vor einem Jahr ein westdeutscher Minister während des IWF Kongresses sagte.Das ist die Freiheit , die die Herrschenden meinen, wenn sie von der neuen Freiheit reden,die ihr euch gerade erkämpft. Damit meinen sie vor allem die Freiheit für das westdeutsche Großkapital , für die Deutsche Bank.Das Kapital ist dabei das Erbe des Stalinismus anzutreten , der die Vision von einer freien und sozialistischen Gesellschaft systhematisch zerstört hat.

Schon die ersten Diskussionen und Gespräche mit Einzelnen von euch haben gezeigt, wie unterschiedlich ihr und wir Begriffe verwenden und verstehen. Wir hören, daß bei euch von vielen die Forderung:Bezahlung nach Leistung diskutiert wird.Für euch heißt das unter anderem, daß Verdienst und soziale Vergünstigungen nicht von der SED Mitgliedschaft abhängig sein darf. Wir verstehen das als Forderung nach Brechung der Privilegien der Parteibonzen.

Wir aber hören von kleinauf,daß nur Leistung zählt;in der Schule,Ausbildung, Uni, Betrieb, überall.Wir verbinden damit Erfahrungen vongnadenloser Auswahl und Disziplinierung. Ein Großteil unseres Kampfes richtet sich gegen diesen Leistungsfetisch und die damit verbundene Hierarchie in allen Lebensbereichen. Leistungsgesellschaft in der BRD heißt,daß Frauen und Männer in der Fabrik,als Verkäuferinnen, auf dem Bau 40 Stunden und mehr arbeiten müssen,aber sie bedeutend weniger verdienen als Vorarbeiter,Manager ,Ärzte oder Akademiker,die dafür bestimmt nicht mehr leisten. Wir erfahren,daß Hautfarbe,Geschlecht,soziale Herkunft,Beziehungen,auch bei uns das richtige Parteibuch einer nur scheinbar objektiven Leistungsbemessung vorgeschaltet sind. Von daher kämpfen wir genau gegen diesen Begriff von Leistung. Dagegen versuchen wir Strukturen von SelbstorganisATION UND Selbstbestimmtheit zu schaffenZum Beispiel durch kollektive Wohnformen herkömmliche Strukturen von Familie und Ehe zu ersetzen.Das heißt für uns auch Organisation von unten gegen Partei,Gewerkschaften und Kapital. Das reicht von autonomen Betriebsgruppen ,über Stadtteilorganisation und Kollektivbetriebe bis zu überregionalen Zusammenschlüssen,wie beispielsweise beim langjährigen Kampf gegen Atomkraftwerke,ohne daß dabei von oben,von irgendeiner Parteileitung die Parole oder Losung vorgegeben wird. Natürlich stoßen wir dabei auf enorme Schwierigkeiten. Rückschläge,Desorganisation,Zersplitterung in unzählige Gruppierungen,die sich nur mühsam wieder zusammenfinden sind an der Tagesordnung.

Ein entscheidender Moment unserer Bewegung ist das ständige Thematisieren des Zusammenhangs von Unterdrückung bzw.Gewalt und Patriarchat bzw.Männerherrschaft. Keine gesetzliche Regelung,noch so schön klingende Formulierungen wie Gleichberechtigung können diese Tatsache verdecken. Von der Familie über die Arbeit bis in politische Organisationen,immer stehen Frauen einige Stufen unter den Männern,müssen unbezahlte Mehrarbeit leisten und sind von fast allen Entscheidungen ausgeschlossen. Aber viele Frauen ließen und lassen sich das nicht gefallen und versuchen den

Kampf gegen Gewalt von Männern, Sexismus in jeder Form auch im Alltag anzugehen. Unser Widerstand gegen den kapitalistischen Normalzustand ,gegen Parteienherrschaft und bürokratische Bevormundung ist von eurem Widerstand bisher noch ziemlich verschieden. Aber wir denken,daß wir durchaus gemeinsame Interessen haben. Bei den Massenstreiks an den West-Berliner Unis letzten Winter haben auch wir für eine unabhängige Vertretung gegen die Professoren und den West-Berliner Senat gekämpft,ohne aber unser Ziel zu erreichen.Auch bei uns haben Studis ,die sich im Unistreik letzte3s Jahr engagierten, mit staatlichen Repressionen zu rechenen,wie zwangsweise Exmatrikulation.Wenn auch vieles bei uns noch mit einem demokratischen Mäntelchen umgeben ist,sodarf das nicht darüber hinwegtäuschen,daß zum Beispiel die Berufung von Professoren und Professorinnen auch hiewr vom Parteibuch abhängig ist. Von daher unterstützen wir euren Kampf an den Universitäten.

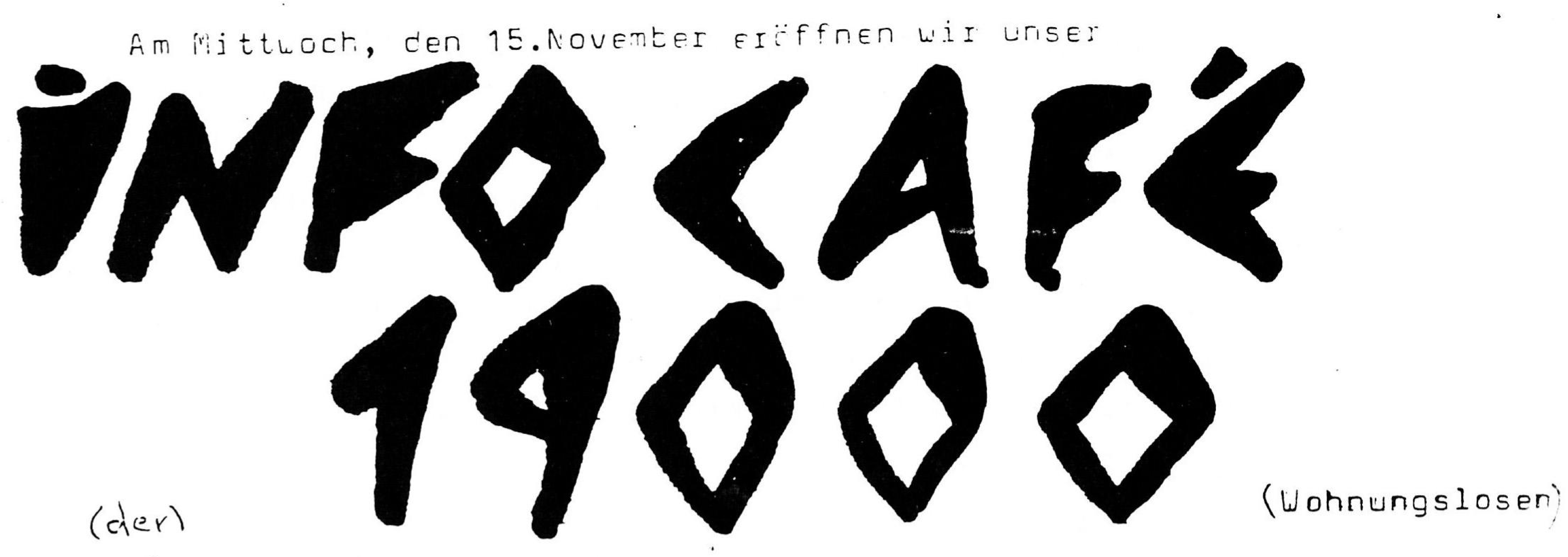
Ein wichtiger Ansatzpunkt für unseren Kampf in der BRD und Westberlin ist unsere Vorstellung von internationaler Solidarität.

Wir haben im letzten Jahr einen breiten Widerstand gegen den Kongress von IWF und Weltbank in West-Berlin mitorganisiert. Dabei haben wir versucht,den Zusammenhang deutlich zu machen zwischen unseren Kämpfen gegen die Macht der Konzerne mit den Kämpfen der Männer und Frauen in den Elendsvierteln von Sao Paulo oder der Guerilla in El Salvador. Wenn der europäischen Linken ein Früchteboykott gegen das Rassistenregime in Südafrika mitorganisiert wird , so aus der Erkenntnis,daß wir Solidarität mit den Unterdrückten in Südafrika am effektivsten hier im Herzen der Bestie leisten können,indem wir die Kaufhäuser denunzieren und angreifen ,welche Waren aus Südafrika verkaufen.

Dieser Redebeitrag kann nur ein Anfang sein für gemeinsame Diskussionen und Aktionen Ein praktischer Ansatz dieser Art ist die für Sonntag um 11 Uhr geplante Demonstration zur Unterstützung des Aufstands in El Salvador. Wir laden euch herzlich ein zur Demonstration am Sonntag um 11Uhr am Adenauerplatz in West-Berlin.

BESETZUNG: DANCKELMANN 54

Am Mittwoch, den 15.November eröffnen wir unser



(der) (Wohnungslosen)

Wir haben jeden Tag von 15^{00} - 24^{00} Uhr geöffnet.

Kommt immer, wenn ihr Zeit habt und bringt FreundInnen, Ideen und massenhaft gute Laune mit. Wir benötigen die phantasievolle Unterstützung aller für die Instandsetzung unserer Remise. Bitte bringt altes Geschirr, Besteck und sonstiges mit!
Wer uns hilft, hilft sich selbst !!

DANCKELMANNSTR. 54 a, 2 HH

DIE HÄUSER DENEN, DIE AUS DEM KOFFER LEBEN

Wir stehen auf der Straße. Der Winter steht vor der Tür, und er kann nicht mal anklopfen, weil wir keine Wohnung haben. Leute wie wir (Obdachlose, StudentInnen und SchülerInnen) , die nicht das nötige Kleingeld haben, finden in unserer Stadt keinen Wohnraum. Die Mieten für die wenigen freien Winzwohnungen und Luxusdachgeschosse können und wollen wir nicht zahlen.

Wohnen ist Menschenrecht. Deshalb sind wir heute aus menschenunwürdigen Verhaltnissen in die Remise umgezogen. Unsere Remise ist ein wunderschönes, 110 Jahre altes Nebengebäude, das lange als Stall und Werkstatt gedient hat. Jetzt ist es vom Abriß bedroht. Planungsunsicherheit, die Skandale um die Neue Heimat (jetzt WIR, die das Haus im Oktober gekauft hat) und vor allem das Desinteresse der Hausbesitzer am Erhalt von billigem Wohnraum haben unsere Remise schwer angeschlagen. Zur Vermeidung unserer Obdachlosigkeit fordern wir sofortige Mietverträge und Senatskohle zur Instandsetzung.

Durch die Eingriffe von oben sind viele Kiezstrukturen zerstört worden. Wir wollen ein Café zum Aufbau neuer sozialer Zusammenhänge für alle KiezbewohnerInnen schaffen. So sind wir ein Beispiel für Leben, Wohnen und Arbeiten im Kiez. Dies sollte auch im Interesse des Senats für einen sozialen und ökologischen Stadtumbau liegen. Da dies aber nur Geschwätz ist, brauchen wir die Unterstützung von allen gegen die Räumungswut von Patzold, die auch von der Wohnungsnot betroffen sind.

Die BesetzerInnen der Remise Danckelmannstr. 54 erklären:

15.11.89

Der Charlottenburger Baustadtrat Claus Dyckhoff (SPD) hat heute seine Räumungsdrohung zurückgenommen, die gestern über Radio 100 erfolgte. Dies ist auf fehlende Nutzungskonzepte, eine breite Solidarisierungswelle sowie ein Mangel an Argumenten zurückzuführen.
Wir befürchten nun eine fingierte baupolizeiliche Sperrung.
Gegen ihren erklärten Willen sollen jetzt Langzeitobdachlose in der Remise zusammengepfercht werden, so der letzte "Geistesblitz" des Bezirkamtes.

Solidarität unter allen Wohnungslosen -
die herrschenden wollen uns gegeneinander ausspielen !

Die AL-Fraktion Charlottenburg sowie die Alternative Jugendorganisation Westberlin haben sich bereits unserer Forderung nach 15.000 DM Senatsgeldern für die vorläufige Winterfestmachung angeschlossen.
Weiterhin fordern wir die schnellstmögliche Instandsetzung des ganzen Hauses, so daß alle BesetzerInnen, die jetzt in einem einzigen großen Raum wohnen, eigene Zimmer erhalten.

CHRONIK DES HAUSES DES 9.NOVEMBER

11.11.89 - 7.00 morgens (nach durchwachter Nacht) Besetzung der Remise Dankelmannstraße 54. (Haus des 9. Nov.)
- 12.00 Kiezdemo mit c.a. 50 Leuten
- 16.00 Gespräch mit Baustadtrat Dyckhoff,Sanierungsstelle + 20 BestzerInnen in unserem Haus.
Ergebnis: keine Räumung bis die Verhandlungen stattfinden.

12.11.89 - Die Initiative der" Dynamischen Obdachlosen " solidarisiert sich. Sie ziehen mit in die Remise ein.

15.11.89 - über Radio 100 kommt eine Räumungsaufforderung von Dyckhoff.

16.11.89 - Besuch der "Dynamischen Obdachlosen" bei Dyckhoff im Rathaus.
Ergebnis: keine Räumungsgefahr bis Ende Winter.
"Wenn da Haus hergerichtet wird, dann nur für richtige Obdachlose"
(Zitat: Dyckhoff)
- Ankündigung eines Besuches der Bauaufsicht am 17.11.

17.11.89 - Besuch der Bauaufsicht,des Bezirksamt und der "WIR", inklusive Geschäftsführer, plus dem Stadtplanungsamt.
Ergebnis: Das obere Stockwerk der Remise wir gesperrt.
Das BA will in Zusammenarbeit mit dem Diakonischem Werk Langzeitobdachlose in der Remise zusammenpferchen,gegen ihren Willen! Das Ba spielt Obdachlosem 1.,2., 3. Klasse gegeneinander aus.

18.11.89 - " Dynamische Obdachlose" besetzen eine leerstehende Wohnumg im Hinterhaus in der Dankelmannstrasse 54 . Die Bestzer des Hauses des 9 November erklären sich solidarisch.

RÄUMUNGSGEFAHR FÜR DIE BRÜMMERSTR. 52

Bütow hatte am 15.11.89 die Verhandlungen mit uns abgebrochen und versuchte so, sich der Verantwortung für unser Haus zu entziehen. Er wollte die Zuständigkeit für uns auf den Senat WiFo abwälzen, obwohl er im Gespräch am 15.11.89 zugeben mußte, daß das Hausrecht weiterhin bei der Uni-Leitung liegt.
Heute am 21.11.89 um 11.30 Uhr lief Bütow als "Briefträger" (O-Ton B.) der Wissenschaftssenatorin hier auf. Er besaß die Frechheit, Zegenhagen (verantwortlich für die Bulleneinsätze und Räumungen während des Uni-Streiks) ohne Ankündigung mitzubringen, obwohl an zwei Gesprächsterminen klargemacht wurde, daß wir Zegenhagen bei uns im Haus nicht dulden.
Dies war eine eindeutige Provokation seitens der Uni-Verwaltung und ein weiterer Beleg für ihre Taktik, einerseits Verständnis und Gesprächsbereitschaft zu heucheln und andererseits bewußt Bedingungen zu schaffen unter denen für uns keine Gespräche möglich sind.
Als wir die Beiden demnach wieder wegschickten, erklärte Bütow, daß wir ES ihm dadurch leichtgemacht hätten.
Unsere Einschätzung ist, daß die Uni-Leitung nach zwei Wochen Wahrung des liberallala Scheins die harte Linie eingeläutet hat. Dies "legitimiert" sie mit dem von ihr selbst provozierten Scheitern der Gespräche Das heißt konkret, daß die Bullen jederzeit bei uns vor der Tür stehen können.
ALSO: HALTET AUGEN UND OHREN AUF UND UNTERSTÜTZT UNS NICHT NUR IM FALL DER RÄUMUNG!!!!!!!!

WOHNUNGSNOT BETRIFFT UNS ALLE!!!!!!!

SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN!!!!!!!!!

ÖFFENTLICHES PLENUM: MITTWOCH 22.11.89 um 19.00 Uhr B 52!!!!!!!!!!!

KURZINFO ZUM PROZEß GEGEN JÖRN

der prozeß sollte am donnerstag 16.11. stattfinden - war aber nix, weil sich jörn mit einer fiebrigen erkältung (attest) rumschlagen mußte und so geschwächt natürlich nicht bei gericht auftauchen konnte. und , da dem vorsitzenden richter schon tage vor dem prozeß das gehör abgestürzt war, mußte nun sein stellvertreter einen neuen termin festlegen - tja, das wird aber noch ne ganze weile dauern, bis in mauerbit verhandelt werden kann, denn die bullenzeugen (drei) sind die nächste zeit nicht in b. der letzte kommt am 10.1.90 zurück... na denn...
das wichtigste natürlich zum schluß: jörn ist ,nach 6-monatiger U-haft, jetzt draußen , der haftbefehl wurde aufgehoben ! also keine auflagen!
das allerwichtigste ganz zum schluß: wünschen dir viele kalte wadenwickel , jörn .

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN!

Nachdem wir am 27. 10. versucht haben, durch Besetzung den Abriß von 160 Wohnungen (zwei ehemalige Schwesternwohnheime der FU) zu verhindern, fühlten sich Senat und Uni-Leitung empfindlich auf die Zehen getreten.

Als Konsequenz ihrer Wohnungspolitik ließen sie die 160 Wohnungen plattmachen, um dort eine Menschen- und Tierversuchsanstalt hinzuklotzen.

Da wir den Abriß bzw. das ganze Schweineprojekt öffentlich gemacht haben, ziehen sie jetzt alle Register.

Sie drücken uns rein: Anzeige wg. Hausfriedensbruch an ca. 12 BesetzerInnen;
Anzeige wg. schwerem Hausfriedensbruch Sachbeschädigung, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand an 34 BesetzerInnen.

Vereinzelung ist Ziel der Wohnungs- und auch Justitzpolitik. Sie wollen uns einschüchtern und verunsichern, um unseren Widerstand zu brechen.

WIR GEHEN IN DIE OFFENSIVE!

Alle abgeräumten BesetzerInnen der Sylter Str. treffen sich:

So. 26.11. 19°° h Infocafe Marchstr.

/Einsteinufer U-E. Reuter Platz



MIETERINNENVERSAMMLUNG IM WERRA-BLOCK

Am Sonntag, den 19. November fand die erste MieterInnenversammlung im Werra-Block statt. Anwesend waren ca. 40 Mieterinnen und Mieter, sowie 20 Leute, die an den leerstehenden Wohnungen bzw. an einer Kampagne zur Verhinderung einer Privatmodernisierung interessiert sind. Im Mittelpunkt der Versammlung stand der Austausch über die eklatantesten Mängel in den noch bewohnten Wohnungen. Hier einige Beispiele:

eine Parterrewohnung in einem Hinterhaus der Treptowerstr. soll zur Musterwohnung werden. Der Mieterin wurde eine kleinere, aber teurere Umsetzwohnung angeboten. Sie hat abgelehnt. Dennoch hat Braun Immobilien einen Bautrupp vorbeigeschickt. Das Ergebnis: In der Wohnung befindet sich nur noch eine Steckdose, abgeschlagene Decken im Wohnzimmer, die Küchendecke hängt herunter und der Ofen heizt nicht.

In einer leerstehenden Wohnung haben Handwerker die Deckenbalken herausgerissen. Die darunter wohnende Familie befürchtet nun, daß ihr eines Tages der Fußboden durchbricht.

Ein Mieter im fünften Stock in der Treptowerstr. hatte wegen eines undichten Daches Wasserschäden in der Wohnung. Erst nach einer Mietminderung von 25% kamen Handwerker und überpinselten die Decke. Das Wasser kam wieder durch und so wiederholte sich das Spiel bis das Dach endgültig repariert wurde. Nun verlangt allerdings die Hausverwaltung die geminderte Miete zurück.

Dazu kommen noch feuchte Keller und Wände, Mäuse und Ratten, zum Teil auch in den Wohnungen.

Von den anwesenden MieterInnen wurde das Verhalten der Immobillien Braun dahingehend eingeschätzt, daß sie auf lange Sicht aus ihren Wohnungen vertrieben werden sollen, damit Braun in weiteren Wohnungen Privatmodernisierungen durchziehen kann. So gibt es z.B. eine interne Anweisung der Hausverwaltung an die Handwerker, bei Wasserrohrbrüchen nur einen halben Meter Rohr zu erneuern, damit die Reparatur nicht von Dauer ist. Andere MieterInnen werden schikaniert, indem Braun ihnen wegen angeblichem Mietrückstand fristlos kündigt, oder Mahnungen schickt, obwohl die Miete pünktlich bezahlt wurde. Dazu kommen die jetzt schon extrem hohen Mieten von zum Teil über 7 DM pro qm.

Die VersammlungsteilnehmerInnen einigten sich darauf, in der kommenden Woche alle Mängel zu sammeln, um auf einer nächsten MieterInnenversammlung kommenden Sonntag mit einem Rechtsanwalt die nächsten Schritte zu diskutieren. Ein weiteres Thema wird auch das Herangehen an die leerstehenden Wohnungen sein. Die MieterInnen haben jedenfalls großes Interesse an neuen NachbarInnen und an der Verhinderung einer teuren Modernisierung.

Bei einem Treffen derer, die an den leeren Wohnungen interessiert sind, wurde neben einer Privatmodernisierung auch eine öffentlich geförderte Modernisierung abgelehnt. Dadurch entstehe durch Entmietung und langandauernde Bauarbeiten nur weiterer Leerstand, der in der jetzigen Wohnungssituation nicht zu verantworten ist. Stattdessen einigte mensch sich auf die Forderung nach sofortiger Instandsetzung der Wohnungen auf Kosten Brauns und die sofortige Vermietung. Das weitere Vorgehen (Flugblätter verteilen/ Pressekonferenz/ Kundgebung/ Besetzung) wird auch weiterhin mit den MieterInnen diskutiert werden.

P.S. Artikel bzw. Beiträge zum Werra Block erschienen am Samstag in der "Wahrheit", am Dienst.in der "taz" und der "Wahrheit" und ebenfalls am Dienstag in "Radio 100"

Unéingeschränktes Bleiberecht für alle Sinti und Roma!

ERKLÄRUNG DER RZ

Als im April 1919 bewaffnete Arbeiter der Münchner Räterepublik das Polizeipräsidium besetzten, da flogen zusammen mit den Akten der politischen Polizei auch tausende von "Zigeuner"-Personalakten aus den Fenstern und gingen im Hof in Flammen auf. Die revolutionären Arbeiter vernichteten die Aktenbestände der bereits 1899 in Bayern eingerichteten "Zigeunerzentrale", die mit den damals verfügbaren modernsten Polizeimethoden und in Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden im ganzen Reich das Ziel einer zentralisierten und totalen Registrierung und Überwachung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma verfolgte.
Die Episode wirft ein Licht auf die Tradition, in der die Kölner Sozial- und Ordnungsbehörden siebzig Jahre später eine "Zigeunerdatei" über alle in Köln lebenden
lebenden heimatlosen Roma angelegt haben. Seit 1986 wurden im Rahmen des sogenannten "Kölner Modells" der Roma-"Betreuung" umfangreiche Daten gesammelt, die sämtliche Lebensbereiche der Kölner Roma erfassen. Im Zusammenspiel von Ordnungs- und Sozialbehörden, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz diente das Material nicht nur dazu, im tagtäglichen Kleinkrieg von Kontrolle, Diskriminierung und Terrorisierung den Roma das Überleben so schwer wie möglich zu machen. Es begründet heute die Forderung und Androhung der Abschiebung gegen Roma-Familien durch die Kölner Sozialbehörde und das Ausländeramt.
Wir sehen den Skandal dieses Vorgangs nicht in dem einen oder anderen Verstoß gegen den Datenschutz; vielmehr in der Normalität und Kontinuität der rassistischem Sondererfassung und Sonderbehandlung, der die Roma immer noch ausgesetzt sind.
Wer sich auch nur im Ansatz mit der Geschichte der Verfolgung von Sinti und Roma in Deutschland beschäftigt, dem erscheint die fast bruchlose Kontinuität unfaßbar, mit der die Institutionen der Verfolgung unter wechselnden Namen, aber mit dem immer gleichen Methoden, Inhalten und Personal den sozialen Krieg gegen die "Zigeuner" organisierten, um durch Zwangsassimilierung, Kriminalisierung, Vertreibung und die schließliche Vernichtung im Nationalsozialismus ihre Lebensgrundlage und Lebensweise zu zerstören. Das Instrumentarium der lückenlosen Ausforschung, Überwachung und Sozialkontrolle war dabei immer Basis und Voraussetzung für alle weiteren staatlichen Maßnahmen zur Drangsalierung, die im Völkermord an einer halben Million Sinti und Roma ihren Höhepunkt fand.
Die Bestände der Münchener "Zigeunerzentrale", deren Akten den revolutionären Arbeitern in die Hände gefallen waren, wurden nach Niederschlagung der Räterepublik schnell wieder aufgebaut. Ihre Tätigkeit läßt sich bis in den Nationalsozialismus weiterverfolgen, wo sie durch Erlaß Himmlers in die "Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" als Teil des Reichskriminalpolizeiamtes und des Reichssicherheitshauptamtes überführt wurde. Die Aufgaben der modernisierten und neustrukturierten Reichszentrale blieben dieselben. Der Bruch, den der NS markierte, liegt darin, daß er der alltäglichen verwaltungsmäßigen Repression dem Vernichtungswillen hinzufügte, der die Sinti und Roma in die Gaskammern und vor die Gewehrläufe der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten



Mucinische Sinti

Anschläge auf Behörden

Hamburg/Köln (dpa) — „Revolutionäre Zellen" haben sich zu zwei Brandanschlägen auf Behörden in Köln und Hamburg bekannt und zugleich gegen die Behandlung von Roma und Sinti protestiert. In der Nacht zum Dienstag stiegen Unbekannte nach Polizeiangaben in die Amtsräume der Hamburger Sozialbehörde ein, durchwühlten Akten und legten Feuer. Eine Etage brannte völlig aus. An eine Wand sprühten sie „RZ wg. Roma". In Hamburg wird seit längerem um ein Bleiberecht für Roma und Sinti gestritten. Die „RZ" haben sich in einem Schreiben an 'dpa' in Hamburg zu einem ähnlichen Brandanschlag am Sonntag nachmittag auf Räume einer Kölner Betreuungsstelle für Roma und Sinti in einem Bürohaus in Köln-Neuehrenfeld bekannt. Der Schwelbrand vernichtete dort mehrere Akten. Engagierte Kölner Bürger hatten der Beratungsstelle jüngst vorgeworfen, mit ihrer Unterlagensammlung gegen Datenschutzbestimmungen zu verstoßen.


Roma auf einem illegalen Standplatz im Industrieviertel von Brüssel, 1979

zwang. Gleichzeitig stellte der NS die bisherige rassistische Verfolgung durch die Verstaatlichung der Rassetheorie und Rasseforschung auf eine "wissenschaftliche" Grundlage.
Zum wichtigsten Instrument der Verfolgung der "Zigeuner" im NS wurde die "Rassehygienische und Erbbiologische Forschungsstelle" des Dr. Ritter, die ab 1937 im Auftrag und mit Unterstützung des Reichssicherheitshauptamtes die "rassische" Erforschung und Selektion der Sinti und Roma vorantrieb. Die Gutachten und Empfehlungen des "Rassehygieneinstituts" bestimmten richtungsweisend alle staatlichen Maßnahmen der Ausgrenzung, Umsiedlungen, Deportationen, Gettoisierung, Zwangssterilisierung und am Ende den Völkermord an Sinti und Roma. Der weitgehende Abschluß der "wissenschaftlichen" Erfassung und "rassischen" Begutachtung und die darauf aufbauenden Empfehlungen bildeten die Datenbasis für Himmlers "Auschwitz-Erlaß", mit dem die systematische Deportation der deutschen und europäischen Sinti und Roma in die Vernichtungslager begann.
Das Instrumentarium und Personal der "Zigeuner"-Verfolgung überlebten den NS beinahe bruchlos. Der Geist der Ausmerze bestimmte auch nach 1945 das Vorgehen gegen die Sinti und Roma in Deutschland. Schon 1953 wurde in Bayern die "Landfahrerzentrale" beim LKA unter Leitung von Josef Eichberger, im RSHA der hauptverantwortliche Organisator von "Zigeuner"-Deportationen, eingerichtet. Sie arbeitete auf der gesetzlichen Grundlage der von den Alliierten bis dahin aufgehobenen "Landfahrerordnung", mit der die überlebenden Sinti und Roma nun wieder sondererfasst und -behandelt wurden.
Teile der NS-"Zigeunerakten", die die Unterlagen zur Planung und Durchführung des Völkermordes am Sinti und Roma bildeten, gelangten in den Besitz der gerade eingerichteten "Landfahrerzentrale". Sie dienten der Reorganisation des polizeilichen Überwachungssystems auf der Basis der Erkenntnisse der nazistischen "Zigeunerforschung". Gleichzeitig stellt das LKA in München den Ritter-Schülern NS-Rasseakten als empirisches Material für ihre "wissenschaftlichen" Abhandlungen zum "Zigeunerproblem" zur Verfügung. Aus diesem Personal rekrutierten bis in die 70iger Jahre das Bundesinnenministerium und das Bundesgesundheitsministerium ihre "Berater in Zigeunerfragen".
Die bayerische "Landfahrerzentrale" wurde zwar 1970 offiziell aufgelöst. Die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der Sinti und Roma speist sich aber noch bis heute aus dem Material, Methoden und Inhalten der "Zigeunerexperten" jener Tage. Ihr Wissen ist für die Herrschenden umso wichtiger, als im Zuge der sozialen und politischen Veränderungen in Europa die Anwesenheit von Sinti und Roma in der BRD wieder aktuell wird.
In dem letzten Jahren kamen sie besonders aus dem südosteuropäischen Ländern auf der Flucht vor staatlich betriebener und geduldeter Verelendung, Verfolgung, Diskriminierung und Vertreibung. In den nächsten Jahren erwarten die europäischen Sozial- und Bevölkerungsplaner im Zuge der Herstellung des Großraums Europa den Zuzug weiterer "Zigeunergruppen" aus den Südregionen der EG. Sie wollen in ihnen diejenige europäische Bevölkerungsgruppe ausgemacht haben, die am schnellsten wächst und aufgrund ihrer Mobilität auf der Flucht vor Arbeitslosigkeit und Verelendung am ehesten in den reicheren Norden drängt. Offen und unverhohlen wird deshalb auch die gegenwärtige Politik der Vertreibung südosteuropäischer Sinti und Roma in der BRD mit der Furcht vor dem Nachzug vieler Tausend begründet, wenn den bereits Ansässigen erst ein Bleiberecht eingeräumt wird.
So schändlich die rassistische Behandlung der Sinti und Roma in den Ländern des real existierenden Sozialismus auch ist, der Teufelskreis aus Verelendung, Vertreibung und Flucht ist für sie im "freien Westen" nicht aufgebrochen. Nur die wenigsten von ihnen besitzen hier einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Für die meisten ist das Leben in polizeilich überwachten Lagern und auf Stellplätzen, miserable Existenzbedingungen, ständige Schikanen durch Behörden und Bevölkerung und die Unklarheit über das weitere Schicksal Realität. Unbemerkt von der Öffentlichkeit versuchen die Ausländerbehörden seit Jahren, die hierher geflohenen Sinti und Roma wieder loszuwerden. Die Abschiebungen wurden - z.B. in Hamburg und NRW - immer nur für kurze Zeit und nur unter dem Druck und durch den Widerstand der Betroffenen und ihrer Unterstützer ausgesetzt, während anderswo weiter abgeschoben wurde.
Eingekeilt in die Alternative: Zwangsassimilierung oder Vertreibung setzen die Behörden Sinti und Roma sozialpädagogischen und polizeilichen Sondermaßnahmen aus, bei denen die "Betreuung" oft zur Vollzugshilfe für Polizei und Abschiebungen wird. Dabei ist von vornherein klar, daß nur wenige auf einen gesicherten Aufenthalt hoffen können. Das Bleiberecht ist an kaum erfüllbare und im Ermessen der Behörden stehende Kriterien der Zwangsintegration und-assimilierung gekoppelt, mit dem die Verantwortlichen über ein Selektionsinstrument und ein abgestuftes System der Hierarchisierung und Kontrolle verfügen, das darüber entscheidet, wer bleiben darf und wer nicht.

Im Wissen um die Langlebigkeit einmal erhobener Daten (NS-Akten wurden noch in den 80iger Jahren EDVisiert) haben wir uns in den Besitz von Aktenbeständen der Kölner "Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten" gebracht. Wir haben gleichzeitig der Forderung der Roma und ihrer Unterstützer nach Schließung der Projekte des "Kölner Modells" Nachdruck verliehen, indem wir die Räumlichkeiten und das zurückgebliebene Material in Flammen gesetzt haben. Die "A+B-Stelle", dem Kölner Ordnungsamt unterstellt, ist eines der beiden Projekte, in dem die Ausforschung der Roma organisiert wurde. In rund 80 Ordnern wurden hier Sozialdaten über Lebensgewohnheiten, Personen und Familienstrukturen der Kölner Roma festgehalten, Aus dem gesammelten Material haben sich Polizei und Ausländerbehörden bedient und ihre Informationen im Kleinkrieg gegen die Roma bezogen. Seit Anfang August steht die Androhung der Abschiebung durch die Kölner Ausländerbehörden im Raum: begründet und legitimiert mit den Erkenntnissen der "A+B-Stelle".

Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß das Asylrecht als Teil des Instrumentariums der Ausgrenzung und Abschottung gegen Sinti und Roma funktioniert: ohne jede Aussicht auf Erfolg und entgegen den realen Gründen und Ursachen, die sie zur Flucht aus den Herkunftsländern veranlaßt haben, durchlaufen Sinti und Roma das Anerkennungsverfahren als politisch Verfolgte. Danach steht ihr Aufenthalt zur Disposition der Ausländerbehörden. Wenn die Abschiebungsmaßnahmen gegen Sinti und Roma in den nächsten Wochen wieder aufgenommen werden, dann wird ein gespenstisches Szenario wahr: die "Züge in die Freiheit", mit denen die DDR-Bürger in die BRD gelangen, kreuzen sich an den Grenzen nach Osteuropa mit den Deportationszügen, die Sinti und Roma in die verelendeten Regionen Europas transportieren.

Das restriktive Asylrecht und die ethnisch-völkisch legitimierten Aufenthaltstitel der Staatsbürgerschaft erweisen sich denn einmal mehr als selektives Instrument der Einwanderungskontrolle in den Händen der Herrschenden, die Flüchtlinge entlang rassistischer und nationalistischer Kriterien spalten und entscheiden, wem die Segnungen der westlichen "Freiheit und Demokrtie" zustehen und wem nicht. Was bedeutet Freizügigkeit für die Arbeitsemigranten aus Nicht-EG-Ländern, für die vom Giftgas vertriebenen Kurden oder diejenigen, die in den Hunger- und Bürgerkriegsregionen ums nackte Überleben kämpfen?

Die Ausgrenzung und Abschottung der Elendsflüchtlinge und die großzügige Aufnahme der DDR-Bürger sind nur ein scheinbarer Widerspruch: Beide sind Manövriermasse in den Planungen von Staat und Kapital, mit dem der Wohlstand der der imperialistischen Metropolen gegen die Ansprüche der Armen gesichert und gleichzeitig durch Einordnung der Menschen in die Hierarchie der Ausbeutung erst geschaffen wird.

Im sozial- und bevölkerungspolitischen Kalkül der Herrschenden eignen sich die gut ausgebildeten Facharbeiter aus der DDR, die seitenlang in den Spalten der Bild-Zeitung vom Kapital angeheuert werden, allemal besser zur Sanierung der Sozial- und Rentenversichrungen als die Armut aus den verelendeten Regionen der Welt, die diffamiert werden, sich nur in der BRD als dem "Sozial- und Arbeitsamt der Welt" bedienen zu wollen. Daß die Flüchtlinge aus den Ländern der Dritten Welt, die trotz aller Abschottung den Weg hierhergefunden haben, dem Arbeitszwang durch illegale Beschäftigungen und den neuesten staatlichen Planungen zur Vernetzung am untersten Ende der Ausbeutungshierarchie ausgesetzt werden, steht hierzu nicht im Widerspruch.

In einer Situation der nationalistischen Begeisterung und Besofffenheit, in der die Träume großdeutscher - und das heißt imperialistischer Lösungen - wieder ernsthaft erwogen werden, wird es darauf ankommen, den sozialen Widerstand zu rekonstruieren. Den Widerstand gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen, mit denen die Sozialplaner den globalen Klassenwiderspruch unsichtbar machen wollen. Diesem Ziel dient die Verwandlung Europas in eine Festung gegen Armutsflüchtlinge genauso wie die rassistische Hierarchisierung und Selektion der Flüchtlinge und Einwanderer durch Verteilung von Wohnraum, Arbeit und Sozialleistungen. Es wird notwendig sein, der rassistischen und nationalistischen Mobilisierung und Besetzung der Flüchtlings- und Ausländerthematik durch staatliche und rechtsradikale Abgrenzungs- und Abschottungspopulisten Aktionen entgegenzusetzen, die diejenigen zum Anknüpfungspunkt nehmen, deren Existenz und Überleben hier und in den Drittweltländern in Frage gestellt wird.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten!



Revolutionäre Zellen

WAS IST PATRIARCHAT?

Anmerkung zu einem "Diskussionsbeitrag der Revolutionären Zellen" in der Interim Nr. 42

Zunächst einmal: Es ist immer richtig eine Diskussion über das Patriarchat anzuschieben - auf allen Ebenen, in allen Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Insofern ist auch das Patriarchatspapier als ein erneuter Versuch der Wiederbelebung einer bereits totgeglaubten Diskussion zu betrachten und nicht einfach mit Bemerkungen (schon dagewesen, alles abgeschrieben, etc) wegzuwischen. Für die breiteren Massen (also uns z.B.) allerdings ist dieses Papier nicht nur unverständlich sondern auch in der Antwort auf seine Fragestellung ungeeignet. Doch dazu später mehr.

Bleiben wir in unserer Kritik ersteinmal bei der "Form".

Anknüpfend an obig bemerktes scheint uns dieses Pamphlet vielleicht eher eine Antwort auf interne Probleme von Euch denn eine generelle Betrachtung zum Thema zu sein. Dies wird vor allem im zweiten Teil deutlich:

Hier finden wir einen nahtlosen Übergang von einem so nicht zu haltenden theoretischen Ansatz zur Reproduktionsarbeit der Frau via Gleichheitsversprechen hin zu linken männlichen Herrschaftsidyllen. Eine solche Herleitung klammert Frauen mit ihrer eigenen Geschichte, Kultur und Beziehungen, also Identität, völlig aus. Es bleibt alleine ungenügend, Frauen in einer solchen Untersuchung lediglich als Opfer, als restlos entwertete "Geschöpfe"? patriarchaler Unterdrückungs - und Verwertungsmechanismen zu "erledigen". Dies kann weder mit einer solche Ansätze von Analysen problematisierenden Einleitung noch mit der Begründung, es handele sich ja um ein Papier über "das Patriarchat", bzw. dem Verschwinden von Frauen darin, entschuldigt werden. Zwar wird von der sexuellen Differenz und dem "weiblichen Geschlecht innewohnenden Vermögen" gesprochen - allerdings in einer ziemlich verobjektivierenden und versächlichenden Sprache.

Wir würden daher sagen: Dieses Papier ist so geschrieben, daß es eine beliebige Interpretation über männliches Verhalten, insbesondere das des "revolutionären Mannes", zulässt. Die Präzisierung der Forderung, der historische Mann gehöre endgültig abgeschafft, wird vermieden. Eine solche Präzisierung kann auch gar nicht in ein paar Zeilen geleistet werden, sondern ist Aufgabe eines langwierige Lern- und Auseinandersetzungsprozesses in sozialer Konfliktualität; ob in gemischten Gruppen oder unter Männern sei erstmal dahingestellt.

Welche Erfahrungen ihr, die ihr als gemischter Zusammenhang vorgebt, diesen Prozeß gemacht zu haben, dabei gesammelt habt, welche Konsequenzen gezogen, bleibt der geneigten LeserInnenschaft verborgen.

Wird hier nicht unter dem Deckmantel einer absolut notwendigen und existentiellen Auseinandersetzung versucht, einen internen Machtkampf nach außen hin zu verkaufen?

Und so stellt sich letztlich nochmals die Frage: Für wen ist dieses Papier eigentlich geschrieben worden?

Bleibt, die Form betreffend, die Kritik an der Sprache - ein Ausflug in das Reich des Bedeutungsvollen, in die Sümpfe der Assoziationen von schon mal Gehörtem,

gerade noch verständlich für einige "autochtone" Intellektuellenstämme. Für die breite, gemeine LeserInnenschaft bedeutet es eher ein hektisches Nachschlagen in diversen Fremdwörterlexika - mit mehr oder weniger Erfolg.
Kommen wir zur inhaltlichen Kritik.
Der erste Teil ist ein Versuch der Beschreibung des patriarchalen Ausbeutungverhältnisses, charakterisiert als Geschlechtsverhältnis (Raumordnung als Geschlechtsordnung, Internierung, Reproduktion der Gattung) , die dreifche Unterdrückung der "schwarzen Töchter Afrikàs". Mit der systematischen Zerschlagung ihrer Lebenszusammenhänge und Deportationen wird die "eigentliche Arbeit von Frauen" - die "Produktion der Gattung" - restlos kapitalstischen Verwertungsinteressen untergeordnet. Am Beispiel Südafrikas soll eine analytische Grundlage geschaffen werden, die als Masstab für die weltweite Unterdrückung von Frauen durch Reproduktionsarbeit als gesellschaftliche Vernutzung dienen soll. Frauen verschwinden darin, werden als Wesen unsichtbar gemacht, radikal und bis zur Unkenntlichkeit entwertet. Sie sind fremd ihrer Arbeit gegenüber, der Arbeit, die ihnen aufgrund biologischer Tatsachen "ins Fleisch gebrannt" wurde, aus der Extraprofit gezogen wird, die immer und ewig als existentielle Mehrarbeit besteht, "jenseits aller Herrschaftsverhältnisse". So jedenfalls der zweite Teil , der als Konsequenz die Abschaffung des historischen Mannes zur Befreiung von Frauen fordert. Oder etwa nicht?

Genauso stimmt es nicht, führt es völlig vorbei an der unterschiedlichen Realität von Frauen im Trikont und in der Metropole.
Männer arbeiten, ob weiß oder schwarz, an der Unterwerfung von Frauen in ihrem Herrschaftsgefüge. Sie versuchen, die den Frauen eigenen "biologischen Tatsachen" für Extraprofite zu funktionalisieren. Und auch der emanzipatorische Ansatz von linken Männern mit ihrem Gleichheitsversprechen ist letztlich ein besitzergreifender, weil nach männlichen Masstäben formuliert.
Wer aber hier von dem "Verschwinden aller Frauen" schreibt, Frauen als Opfer, letztendlich auch als ewige Opfer ihrer eigenen Körperlichkeit begreift , der negiert, dass es gerade trotz alledem weltweit eine soziale, politische und kulturelle Identität von Frauen gibt. Eine Identität, die gerade aus dem Bewusstsein "sexueller Differenz" entsteht, eine Identität, die das Gebären mit Sicherheit nicht nur im klassich reproduktiven Sinne oder aus Beauvoir's biologischem Ansatz heraus begreift (siehe auch das Kritikpapier in der Interim Nr. 59). Eine Identität aber auch, die nicht aus dem ständigen Verschwinden und Wiederauftauchen von Frauen gegenüber den Wertmasstäben des Mannes entsteht, sondern vielmehr aus sich selbst heraus, aus den Beziehungen auch nur unter Frauen. Dies ist, wenn wir es richtig verstanden haben, die Bedeutung des "affidamento" der Italienerinnen (Wie weibliche Freiheit entsteht, Libreria delle Donne, Milano) , dies haben Angela Davis für schwarze Frauen, Nawal el Saadawi in "Tschador" , schiitische weibliche Mullahs mit ihren sozialrevolutionären Auslegungen des Korans (Autonomie 5/79), palästinensische und lateinamerikanische Frauen zu ihrer Rolle und Bedeutung in revolutionären Bewegungen immer wieder versucht zu beschreiben - ihre autonomen Beziehungen, Lebenszusammenhänge und Kämpfe um ihre Befreiung.

Und es gibt eine klare Abgrenzung dieser Frauen zu westlichen oder eurozentristischen Sichtweisen, die sie allein und ausschliesslich als Opfer imperialistischer Männerkriegsschauplätze sehen möchten. Keine uns bekannte feministische Theorie, ob über die Parallelität von internationaler Verwertung und Hausarbeit in der Metropole, ob über Reproduktionstechniken oder Bevölkerungskontrolle oder internationalen Frauenhandel, geht so weit und deklassiert Frauen dermassen. Wieso sollte sie auch.

Ihr hingegen arbeitet an dem Verschwinden letztendlich mit. Kein Wort über einen weltweiten Widerstand von Frauen gegen ihre Unterdrückung. Aber noch viel auffälliger: keine Silbe über Frauenwiderstand hier, noch nicht einmal über eine offensichtlich mit euch "befreundete" Frauenorganisation, auch nicht nachdem BKA und BAW am Verschwinden des Frauenwiderstandes arbeiten. Wer, wenn nicht ihr, hätte darüber schreiben müssen.

Bleibt als Fazit: "Das Ende der Frauenausbeutung bedeutet das Ende der Möglichkeit, aus der existentiellen Mehrarbeit der Frauen, Männermacht zu schlagen". Und dazu gehört ebenso die Entlarvung linker männlicher Herrschaftsidyllen - des Gleichheitsversprechens.

Sicher: "Der Mann ohne Macht - das ist das Ende des historischen Mannes". Soweit einverstanden. Eine Notwendigkeit, an der Männer untereinander zu arbeiten haben, wobei sie sich in ihrer Auseinandersetzung auf autonome Frauenkämpfe zu beziehen haben. Diese Notwendigkeit sollte ein Ergebnis einer radikalen Auseinandersetzung zwischen Männern über Machtansprüche, Konkurrenzen, Lebensstrukturen und ihre Sexualität sein.

Eine solche Auseinandersetzung zwischen Frauen und Männern kann nie die Notwendigkeit von autonomen Frauenkämpfen ersetzen, auch nicht Gegenstand von Diskussionen und Prozessen zwischen Frauen sein.

Indem das Pat.-papier die Konsequenz umgangen hat, autonome Frauenkämpfe zu erwähnen oder zu beschreiben, umgeht es einerseits eine Auseinandersetzung, die noch zu Ende zu führen ist: Inwieweit überhaupt Frauen in gemischten Gruppen arbeiten können, oder nicht besser eine völlige Trennung erstmal die Konsequenz sein muss. Andererseits entsteht der Eindruck, als ob mit diesem Papier eine Konkurenz zu den Frauenzusammenhängen aufgebaut bzw. fortgeführt werden soll - eine Konkurenz, die für alle lediglich schädlich sein wird. Was wir nicht brauchen, ist eine abstrakte Untersuchung über "das Patriarchat". Vielmehr braucht die revolutionäre Linke eine interne und eine öffentliche Auseinandersetzung und Selbstkritik über gemachte Fehler, die nicht nur Ergebnis patriarchaler Strukturen gewesen sind, und Perspektiven, wie die o.a. notwendigen Auseinandersetzungen in die Praxis umzusetzen sind.

Zum Schluß:

Wir würden Euch gerne, wie schon so oft, nacheifern, aber das WIE ist uns unklar.

Nur eines ist uns klar:

Schafft viele verschwundene historische Männer!

Rank

Zerox

BRIEF VON SILVIA ENGELKE AN ANDREAS SEMISCH

Andreas

6.11.89

Ich habe erst kürzlich deinen Brief in der Interim gelesen.
Du sprichts vieles sehr kritisch und scharf an. Du äußerst sogar Zweifel, an der Richtigkeit unserer Erfahrungen und pol. Einschätzung.
Eigentlich wollte ich noch nichts zu unseren Konflikten schreiben, eher mir erst den nötigen Raum/Basis schaffen, den Hs aufzuarbeiten, und selbstkritish zu den Konflikten, ne Stellung abzugeben.
Aufgund der vielen Anfragen, die an Susanne und mir herantreten, und des öffentlichen Briefes von Christa, sehe ich mich jetzt gezwungen, was dazu zu sagen. Wie du vielleicht mitbekommen hast, bin ich kurzfristig entlassen wurden. Mir ist noch nicht klar, welches Kalkül dahintersteckt. Es ist mit einer neuen Verhaftung zu rechnen.
Meine Situation ist noch sehr verworren, und instabil. Giada, meine kleine Tochter, haben sie mir weggenommen, ohne das von Seiten mir, eine Anhörung stattgefunden hat.
Meine Post wird angehalten, oder verspätet nachgeschickt, und somit hinke ich der ganzen Entwicklung hinterher. Es fehlt an Zeit und Ruhe, selbstkritisch, ne Auseinandersetzung zu führen, und aus ner gewollten Distanz die Konflikte, die im Hs entstanden sind, sacken zu lassen, und zu verarbeiten Deswegen auch erst mal nur einige Gedanken dazu.
Ich denke es ist schwierig, unsere Briefe, und Schreiben zu verstehen.
Mir ist klr geworden, das unsere Schreiben, eine allgemeine Ratlosigkeit, und Verwrrtheit auslösen.
Vieles unseres Kontextes scheint verwischt, und abstrakt sich anzuhören, weil die Zusammenhänge, das Verhältnis zur damaligen Zeit zu Christa, nicht bekannt sind/waren, und wir damals Schwierigkeiten hatten, die Briefe von Christa zu veröffentlichen, b.z.w die Kontoverse, die im Hs entstandenist.
Deine Kritik ist teils richtig. Es fehlt an ner pol. Orientierung, Linie um die Widersprüche, die da sind/waren zu begreifen, und zu verstehen.
Wir haben die Widersrüche nichtrichtig aud den Punkt gebracht, um ne solidarische, offene Auseinandersetzung führen zu können.
Du bringst es auf den richtigen Begriff. Es ist oft ein schwieriger, zäher Lernprozeß, den der Kampf mit sich bringt.
Die Konflikte, die entstanden sind, sollten offen diskutiert werden, um aus den eigenen Fehler, und Schwächen die entstanden sind zu lernen.
Vorweg will ich dir ein paar Grundauszüge aus unsesem Grundpapier bel fior benennen, was während der Hsphase entstand:
Wir begreifen uns als das Kollektiv bel fior/schöne Blume:
Wir kämpfen für gemeinsame Ziele, für die Durchsetzung aller Forderungender soz. und pol. Gefangenen.
Unsere innere Struktur:
Wir versuchen die kommunistischen kollektiven Strukturen in der Alltäglichkeit umzusetzen.
Gemeinsames Wehren gegen Schikanen
Teilen aller materillen Werte
Besprechen aller Probleme
Lesen der gemeinsamen Post, pol. Diskusionen
Solidarität mit anderen Gef. die die unsere Hilfe brauchen
Offenheit für neue die so leben wollen
Wenn es auch erst mal Ansätze sind , finde ich die Entwicklung wichtig, wenn sich Kollektive im Knast bilden. Es steht im Zusammenhang zur ZL . Es ist ein Kampf. Jedes Kollektiv muß seine Erfahrung, undseine Errungenschaften sozialisieren, so stelleich es mir auch nach der Zusammenlegung der pol. Gef. vor.
Das Kollektiv bel fior entstand spontan, aufgrund der täglichen Schikanen im Hs, die auch gezielt gegen Christa angewandt wurden.
Wir begriffen uns auch als ein Teil einer Schutzfunktion, um Christa, vor weiteren Übergriffen, und Erniedrungen, vor dem Justizapparat, und Anstalt zu unterstützen.
Eigentlich war es nicht unsere Absicht, die Auseinandersetzung, und die Widersprüche, öffentlich zu machen. Ich/Wir haben mehrere Anläufe zu der

Auseinandersetzung zu Christa gesucht. Es kam von Seiten Christa nichts mehr. Du sagst der Ton macht die Musik.
Macht dir Christas Brief keine Schwierigkeiten?(ich gehe davon aus das er dir bekannt ist) da xer teils veröffentlicht wurde.
In welcher diffamierender Form sie Susanne, mich gleich Rebmanns Linie drückt. Damit nimmt sie sich selbst jede Kritik, kippt die Widersprüche zu, und wird unangreifbar, indem siex auf Schwächen von Susanne schlägt. Ich meinejetzt konkret die Kontakte von Susannexx zu dem Pfarrer, wobei Heidi, damals den Pfarrer als Kontaktperson emphohlen hatte.
Mir fällt es schwer, aus den ganzen Konflikten , sich einen neuen Platz frei zu erkämpfen, und meine/unsere Ziele,,und pol. Vorstellungen weiter nach vorne x zu bringen. Christas Brief ist gleich einer Vernichtungsstrategie gleichzusetzen. Damit wird einem jede Möglichkeit genommen, eineweitere offene Auseinandersetzung xx führen zu können.
Siebegibt sich auf eine Ebene, diebiszur Ausgrenzung führen kann, weil es so nichtstimmt wie sie es hinstellt.
Unsere Briefe sind aus einergroßen Enttäuschung, und verbitterung entstanden, undich finde sieinzwieschen falsch, sie so veröffentlicht zu haben. eben weil der pol. Kern unserer Kritik dabei verloren ging.
Wie du es aus dem offenen Brief entnehmen konntest, habeich mich spontan dem Hs angeschlossen, mit eigens aufgeführten Forderungen, die sich auf dem gesamten Knastapparat , Unterdrückungsapparat bezogen.
Für mich war der Hs eine neue Erfahrung, ein Lernprozeß, indem ich mich als kämpfende Gef. im Verhältnis xxxxx zu den pol. Gef. setzte, und da war ich erst mal offen und solidarisch, um Ziel und Forderungen nach vornezu bringen. Mir wurde von Christa indirekt, über susanne vermittelt, den Kampf für die ZL abzubrechen, mit der Begründung, daß ich die Dimension des Kampfes für die zl nicht erfasse, und tragen kann. Aktzeptiert, wurde eine solidarische Unterstützung. Ich fühltemich von Christa moralisch unter Druck gesetzt, indem sie mich in alte Strukturen hinein zu pressen versuchte undmir versuchteklar zu machen, daß meine Verantwortung, bei Giada, meiner Tochter, und meinem Typ läge, es in Frage stellte aufgrund meiner Geschichte Susanne, nicht länger die Verantwortung tragen könne.All das versuchte sie mit Susanne hinter meinem Rücken zu klären, und verlangte von Susanne, mir nichts davon mitzuteilen. Wie hätte Susanne sich in unserem Kollektiv bestimmen sollen? wenn sie nichtunsere Grundsätze, verletzen wollte.
Ich finde es nach wie vor richtig, das sie mir den Brief von Christa gezeigt hatte, somal es um mich, und meinem Kampf ging.
Christa wußte, das wir uns alsKollektiv begreifen(auch das versuchte sie herunterzuspielen, wie Sätze, sei nicht kindisch, euphorisch)
Wo ist da noch ne ehrliche Herangehweise?
Welchen Platz nehme ich da ein?
Christa, schickt ihre Antwort, auf unsere Briefe , an andere Gef. weiter. Die Betroffenen selber erhalten keinen Brief, ich meine Susanne, und mich Das spricht eine Sprache für sich.Wie erklärst du dir so ein Verhalten unter Genossen? Wieso kommt keine Auseinandersetzung, von Gef. aus der RAF
Christa hat mir jedes Recht zum kämpfen genommen, und mir keinen persönlichen Raum für ne Auseinandersetzung gegeben. Trotz der ganzen Erfahrung, und der ganzen Konfrontationim Hs , erlebte ich den Kampf als Teil meiner Bestimmung, und meines rev. Bewußtsein, aus meiner Geschichte heraus, und er ist nicht, wie hingestellt, von Christa, von meinem Leben zu trennen.
Du fragst nach Giada. Es kamen Repressionen, von seiten des Staates/Jugendamtes, verschärft während des Hs, auf mich zu,in ner Form von ner Erpressung wollte man mir das Sorgerecht/Aufenthahtrecht entziehen. Gezielt kamen sie im Hs , um mich unter Druck zu setzen , umx meine Identität zu brechen.
Einer für mich gemeinsten, und erniedrigsten Formen um Menschen vom kämpfen abzuhalten. Meine Bindung zu Giada ist sehr eng und intensiv.Ich war in der damaligen Situation sehr geschwächt, und verunsichert. Christas Ablehnung löste in mir Hilflosigkeit aus, eine Resunanz von alledem war erst mal den Kampfxabzubrechen Hs abzubrechen, in der damaligen Bestimmung, ich wollte unter den Bedinnungen, und unklaren Gefühlen den

Kampf für die Zl nicht fortführen.
Hinzu kam ganz klar, die Situation von Giada, Die auch nochmal eine große Schwäche ausgelöst hatten.
Ich sehe Widersprüche in der Erklärung der Gef. aus der Raf, zum Hs.
(Zusammenlegung aller kämpfenden Gef. die dafür kämpfen, offene Diskusionen mit allen gesellschaftlichen Gruppen)
Wo bleibt ne Auseinandersetzung mit uns/bel fior?
Die eigentlichen Verhandlungen haben sich auf 25 Gef. aus der Raf bezogen, es entsteht der Eindruck, das der Kampf der soz. Gef. auf einer Basis von einer Solidarität der Zl herunterreduziert wurde.
Du sagst, du hast da keine Schwierigkeiten mit, nicht in den Verhandlungen mit einbezogen zu sein.
Ich /wir hatten sie, und ich finde es ist unser Recht nach den Verhandlungsergebnissen zu fragen. Was sollen die Geheimnisse untereinander.
Wenn du ohne Vorbehalte in den Hs gehst, ist das deine Bestimmung.
das schließt nicht aus, das ich/wir Fragen haben, und Ich/wir uns an die betrffenden Personen wenden, und das hat nichts damit zu tun, das wir nicht das notwendige Vertrauen mitbringen.
Du unterstellst uns , das unser Verhalten , und Vorgehen spalterisch und denunziatorisch war/ist. Das wurde auf keinen Fall von uns bewußt, und in ner bestimmten Absicht durchgeführt,
alle die so denken, rate ich zu ner offenen Auseinandersetzung zu uns, um Widersrüche zu klären, diedurch unsere Briefe zu nem Falchem Ausdruck gekommen und falsche Eindrücke widerspiegelt haben.
Unser Ziel war eineKlärung mit Christa, und ne offene Diskusion zu suchen.
Christa sagt es wäre auf den letzten brief ihrerseits nichts mehr gekommen, ich habe Christa einen Brief geschrieben, indem ich das rechtsradikal, zu Heidis Erklärung zurückgenommen habe, und habe ihr eine offene und ehrliche Auseinandersetzung angeboten. von ihr kam aber dann nichts mehr.
Mir geht es auch nicht um das Hich- Hack, und ich will das ganz bestimmt nicht weiter so praktizieren.
Ich bin weiter offen für ne Auseinandersetzung, auch mit Christa, totz allen Widersprüche, und Mißverständnissen.
Es müßte auch in ihren Interessen liegen, mit uns weiterhin eine Auseinandersetzung führen zu wollen, und daswürde bedeuten sich eigene Schwächen einzugestehen, undpol. Widersprüche, gemeinsam auszudiskutieren.

Ich habe dir nur einige Gedanken dazu geschrieben, und das allesist noch von einem Druck bestimmt, es ist noch schwierig das alles zusammen zu bringen. Ich habe den Kopf zu, mit den alltäglichen Dingen, es ist mit eine neuen Haftbefehl zu rechnen, Giada wollen sie in ein Kinderheim unterbringen dann das übliche drumeherum, wenn man entlassen wird.
Ich werde zu gegebener Zeit noch ne Stellung zu den Konflikten schreiben.
Ich finde es wichtig, das mehrere sich an ner Auseinandersetzung wagen,
Ich hätte auch Lust mehr von dir mitzukriegen, und die Auseinandersetzung weiter zu führen.
Du hast auch ein Kind, wie ist das für dich gewesen, bezüglich hattest du auchSchwierigkeiten von Seiten des Staates?
Okay lassen wir es erstmal so stehen, mal sehen was sich weiterentwickelt, trotz der anfänglichen Schwieigkeiten,

viel Kraft für dich

ps ich habe mich öfters vertippt, ein Zeichen meiner Müdigkeit.



ZUR MOMENTANEN SITUATION IM FRAUENKNAST PLÖTZENSEE

brief vom 3.11.89

hallo leute,

wir werden euch jetzt (endlich) mal wieder ein bißchen erzählen, was hier in der jva (knast) für frauen vorwärts geht.
am samstag, den 21.10. haben wir "unser" kommunikationszentrum eröffnet. wir sind jetzt dabei, es gemeinsam einzurichten. der name 'zentrum' ist schon fast lächerlich, weil der raum mit knapp 30 leuten gut voll ist. momentan ist das aber noch nicht so'n problem, weil die meisten frauen wohl mit ihren vier wänden (oder besser fünf) zufrieden scheinen. wir werden uns über kurz oder lang programme ausdenken, wie filme,mit anschließender diskussion, strickkurse musik machen und natürlich, wie schon bekannt, knastinteressierte gruppen von "draußen" einladen usw.!
geöffnet ist der raum bisher nur am wochenende von 15-19 uhr.
unser ziel ist allerdings die ganzwöchentliche öffnung !!!
es können alle frauen teilnehmen, einschließlich u-haft.
am zweiten tag gabs leider schon probleme. die einzelnen häuser, bzw. bediensteten ließen die frauen nicht raus. angeblich war nichts schriftliches vorhanden und kein schließer setzt sich ohne anweisung in bewegung. wir versuchten es mit unserer redekunst, dann mit genehmigung von uns. nach ner halben stunde palaver gingen endlich die türen auf.
unsere arbeitsgruppe, bestehend aus 7 frauen aus verschiedenen häusern, die zuerst nur für organisatorische zwecke des kommunikationszentrums gedacht war, ist mittlerweile auch für andere bereiche, bzw. x probleme, im knast anerkannt. (auch von seiten des senats). wir haben allerdings noch nicht dieselben rechte wie eine gesetzlich überschaubare insassenvertretung (iv).
um hier nochmals unsere, wie wir meinen triftigen gründe gegen eine iv aufzuführen, einige zitate aus der satzung:"die iv soll dazu beitragen, das gegenseitige verständnis zwischen insassen und justuzvollzugsbediensteten zu fördern (§ 4 abs.1,154 abs.1 und 2 stvollzg.)". außerdem sollen wir dann noch die bereitschaft zu positiver mitarbeit an der erreichung des vollzugsziels fördern, was doch wirklich zuviel des "guten" ist. daß auch unsere arbeitsgruppe nicht kompromißlos vorgehen kann, ist klar, bzw. es muß noch sein, doch wollen wir versuchen das schild der satzung nicht über uns zu haben.
zu unseren des öfteren beantragten "extratreffen" der arbeitsgruppe für besprechungen, sagte anstaltsleiter höflich letztens, "wir sollen uns nicht einbilden, daß diese treffeh zur regel werden." wir werden dieses "versprechen" nicht vergessen und haben uns trotzdem, oder gerade deswegen schon mal gedanken über verbesserungsvorschläge, die auch bald umsetzbar erscheinen, gemacht.
wir werden uns jetzt für belange, wie z.b. die endgültige öffnung der türen in den häusern - bisher wird jede stunde ab 16uhr die stationstür für 15 minuten geöffnet - einsetzen.danach sitzt man (frau) auf der wieder abgeschlossenen station fest, obwohl man vielleicht nur kurz was holen wollte.

unsere idee, zusammen musik zu machen, wurde erst mal ein strich dursch die rechnung gemacht. die anstaltseigenen bongos, bisher standen sie unter "benützungsverbot" eingeschlossen in das tonstudio, das wir auch nur von außen sehen können, wurden uns gnädigerweise ins komm.-zentrum gebracht. damit sienicht die ganze woche bis zum folgenden samstag dort rumstehen,nahmen wir ein paar davon mit ins haus. am darauffolgenden tag stand auch gleich, auf anordnung des anstaltsleiters, vollzugsdienstleitende fr. schulz in der zelle, um die bongos wieder zu holen. das zweite paar war inzwischen im kultursaal, wo wir mit der pfarrerin musik machten. obwohl wir bescheid gaben wo sich das zweite paar befindet, wurde uns eine großfilze angedroht. om moment haben wir also wieder keine bongos im zentrum.
ihr werdet euch sicherlich fragen, ob es denn im knast keine wichtigeren dinge zu besprechen gibt, als ne bongostory, aber ich sage euch, es sind die "kleinen sachen mit denen sie uns mürbe machen wollen". unauffällig, schleichend, aber sehr wirksam. es ist auf die dauer ganz schön nervig, sich ständig um diesen "pfurzkran" kümmern zu müssen.

außerdem wollen wir euch darauf aufmerksam machen, daß ihr ruhig von draußen schon mal versuchen könnt ein treffen mit uns im komm.-zentrum zu beantragen. vorausgesetzt es besteht bei einigen gruppen interesse. wenn wir das kleinzeug hinter uns haben, werden wir uns natürlich auch selber darum kümmern. erstmal müssen wir zusehen, daß der laden richtig läuft und uns nicht mehr von heute auf morgen geschlossen werdenkann. denn ein fehler unsererseits, und das zentrum ist wieder dicht. das beste beispiel für die sache ist ja wohl die bongostory.
in der kommenden woche werden wir mit herrn flügge über unsere verbesserungsvorschläge sprechen. wir werden euch danach den verlauf bzw. eventuelle zusagen mitteilen.

solidarische grüße

dokumentation

am 17.10.89 wurden drei frauen an der nl-brd grenze festgenommen, weil sie verschiedene schriften bei sich hatten.
sie kamen um 22.30 am grenzübergang an. vom deutschen zoll wurden sie rechts ran gewunken. während die ausweise durch den ticker liefen, wurden sie nach verbotenen gegenständen, insbesondere waffen gefragt. danach wurden ihre taschen und das auto durchsucht. dabei war offensichtlich, daß sie nicht nach dope suchten. in einem der rucksäcke wurde ein exemplar "widerstand heißt angriff" gefunden. auf die frage, wem dieser rucksack gehört, gaben die drei keine antwort sondern wohnten zu dritt der genaueren durchsuchung bei. nachdem die bullen (bgs) alles, was an papieren im auto zu finden war mitgenommen hatten, ließen sie die drei am auto warten. nach zwölf wurde die vorläufige festnahme wegen

"129 - terroristische vereinigung, mitführen verbotener schriften"



erklärt. sofort nach der festnahme sollten sie körperlich durchsucht werden, was sich aber im verlauf nicht durchsetzen ließ, weil sie sich weigerten. ein anruf beim anwalt wurde ihnen verweigert und zwei von ihnen wurden in zellen verschleppt, eine wurde mit handschellen an die heizung gefesselt. die ganze nacht terrorisierten sie die drei mit eingeschaltetem licht und ständigen kontrollen. um 03.15 durften sie ihren anwalt aus dem bett klingeln.
am morgen liefen vernehmungsversuche und ed's. danach hieß es, sie kämen raus, sobald die ergebnisse der ed's vom lka kämen. gegen 21.30 kamen zwei von ihnen raus, eine halbe stunde später die dritte. dies war eine extra schikane gegen sie, wahrscheinlich weil sie bei der ed so viel widerstand geleistet hatte, daß nur eine "kleine ed" (ein finger) möglich war. außerdem war sie die einzige, gegen die bereits ein ermittlungsverfahren läuft.
beschlagnahmt haben die bullen u.a. zwei bücher "widerstand heißt angriff"; rz-texte; info 2, mit

neueren texten von eta, br, asala, verzets front; prozeßerklärung rene roemersma; angehörigen info 25; prozeßinfo zum startbahnprozeß; konkret...

es ist unklar, ob und was sie konkret juristisch gegen die drei machen werden.
klar ist jedenfalls, daß die weit verbreitete einschätzung, mensch könne problemlos ein exemplar von "widerstand heißt angriff" pro person über die grenze bringen, nicht stimmt. immerhin hat es ausgereicht, die drei knapp 24 std festzuhalten, die ed's zu machen, auf die sie scharf waren, ein verfahren wegen widerstand und eins wegen 129a einzuleiten.

die drei haben an jedem punkt versucht, einzuschätzen, was machbar ist. so haben sie sich zb gewehrt, wenn die bullen ihnen handschellen anlegen wollten, oder sie voneinander trennen wollten, nicht aber da, wo es über ihre kräfte gegangen wäre (zb auf dem weg zur bullenstation im nächsten kaff, wo die ed's gemacht wurden). die erfahrung, sich bei der ed zu wehren war für alle drei neu. demütigender als das, was sie die körperlich antun, sind die sprüche, die sie loslassen. eine ed ist, egal, wie du dich verhältst, eine üble erfahrung. es gibt dir aber ein gefühl von stärke, wenn du in der lage bist, das bedürfnis zu heulen in wut umzuwandeln, und dann wenigstens um dich zu schlagen.

es sieht so aus, daß der vermeintliche "raum", den wir im streik hatten, inzwischen weg ist. während des hs waren die bullen bei demos, kundgebungen etc. sehr zurückhaltend, und es wurden im verhältnis weniger 129a verfahren eingeleitet als bei früheren streiks. dies hatte taktische gründe. sie hatten angst vor diner linksliberalen öffentlichkeit. da diese sich inzwischen kaum mehr für die gefangenen interessiert, glauben die schweine, jetzt das nachholen zu können, was sie im streik versäumt haben. sowohl gegenüber den gefangenen, wo sich in vielen fällen die bedingungen nach dem streik verschlechtert haben, als auch gegenüber dem widerstand, was sich in vorfällen wie diesem ausdrückt.

einerseits war es für die drei eine starke erfahrung, zusammen widerstand zu leisten, denen nichts freiwillig zu geben. aber sie waren in der defensive, sie haben nur reagiert. es war ihre eigene blödheit, wodurch sie den schweinen ausgeliefert waren. wir wollen uns nicht an der repression messen. schließlich heißt widerstand eigentlich angriff, oder wie war das???

OFFENER BRIEF AN DIE BUNTE HILFE DARMSTADT

zu "eurem?" flugblatt über die verhaftungen der drei frauen an der nl-brd-grenze.

wir legen zwar das flugi als dokumentation aus, weil wir die info an sich wichtig finden. wollen es aber nicht vervielfältigen, weil wir eure einschätzung, bzw. den schluß nicht teilen (seite 2, letzter absatz). es kommt für uns als diffamierung rüber, oder wie soll der satz sonst zu verstehen sein: "die frauen seien selbst schuld ...." was haben sie denn falsch gemacht? und wird frau deswegen gleich vorverurteilt?! vor allem wollen wir erstmal nachfragen, wie ihr zu eurer einschätzung gekommen seid. denn uns fehlt auch, wenn wir sie richtig verstanden haben, ein stück weit an solidarität. z.b. ob und was dazu noch diskutiert wird und wie die frauen jetzt unterstützt werden. der satz "wir wollen uns nicht an der repression messen" ist in diesem zusammenhang etwas nichtssagend.

5 berliner infoläden



BERLIN UTOPIE-PAPIER

WIE STELLEN WIR UNS EINE BEFREITE STADT VOR?

Es gibt ein unfertiges Berlin-Utopie-Papier, das vor einigen Monaten an Wenige verteilt wurde, um eine Resonanz zu kriegen, ob es sich 'lohnen' würde, ausführlicher und übersichtlicher an einer Utopie rumzuspinnen - oder ob die ganze Idee für so spinnefax gehalten wird, daß das Ganze gleich wieder in den Papierkorb kann.
Das Papier stellt einzelne Fragmente der vor- und nachrevolutionären Situation dar. Es sind bewußt keine irgendwie objektive, analytische Herangehensweisen, sondern sehr subjektive Beschreibungen. Zum Teil stehen sich die einzelnen Argumentationen völlig widersprüchlich gegenüber, z.T. beziehen sich die verschiedenen Teile gar nicht aufeinander. - Die vorrevolutionäre Situation bezieht sich im einleitenden Teil auf die Beschreibung der derzeitigen Ausgangslage für die revolutionären Kräfte unter der Herrschaft von Rot-Grün und unter der Herrschaft der Allierten und des hochsubventionierten Kapitals in Westberlin. Desweiteren wird im Schlußteil anhand konkreter Beispiele (Häuserkampf, Antifa, Kaffeekampagne, Revolutionäres Zentrum) über Schritte, Strategien nachgedacht, wie wir uns besser organisieren können, um die Widersprüche hier an bestimmten Punkten auch tatsächlich zuspitzen zu können.
Hauptteil des Papiers ist jedoch ein Gedankenexperiment: Die Beschreibung des nachrevolutionären, befreiten Berlin - die Allierten, das Kapital, die Bürokraten und Schweine sind weg und wir können unsere Utopien von einem befreiten Leben nicht nur träumen, sondern in die Wirklichkeit umsetzen.
Dabei sind die in dem Papier skizzierten Utopieentwürfe nicht als strategischer Entwurf zu lesen, sondern sie sind großenteils völlig subjektivistische Beschreibungen einzelner Elemente, Probleme. Da kommen dann u.a. Ökonomie, der Austausch-Stadt-Land, Arbeit-Freizeit, Selbstverwaltung und Räte, der Weltmarkt und seine Nischen, Wohnen wie in der Häuserzeit, Verkehr in der autonomen Stadtrepublik vor - aber alles nur angerissen, unvollständig und mit der Aufforderung zum Weiterdenken, Kritisieren.
In dem Papier verwischen sich immer wieder zwei Ebenen der Utopiediskussion:
- die eine ist die Vorstellung, wie denn ein Zusammenleben unter uns und v.a. auf der sozial-kulturellen, privaten Ebene in einem befreiten Westberlin aussehen kann. Diese "Rumspinnereien" sind für unsere heutigen politischen Vorstellungen und Forderungen wichtig, auch wenn die Realisierung für abstrus gehalten wird. Je intensiver und genauer wir dabei die wissen, wie unsere Zielvorstellungen aussehen, desto glaubwürdiger können wir auch vor uns selbst und anderen auftreten.
- die andere Ebene ist der Weg hin zu einer befreiten Gesellschaft, in unserem natürlich leider nur theoretischen Fall hin zum befreiten Westberlin, was sich aus dem kapitalistischen Verwertungsprozeß und Weltmarkt und der NATO ausgekoppelt hat. Dieses Gedankenexperiment am Beispiel des für uns 'übersehbaren' West-

berlin ist relativ einfach, konkret. Eben viel leichter daran zu überlegen als an der Weltrevolution oder der für ein befreites Westberlin notwendigen Revolution, Sturz des Kapitalismus in Westeuropa und notwendigen revolutionären Veränderungen in den realsozialistischen Ländern.

Für die an der bisherigen Diskussion beteiligten verschiedenen Leute geht bei der Utopiediskussion um unterschiedliche Motive und Ziele.
Für die einen ging und geht bei dieser Utopiediskussion um die Lust, einfach ohne Druck der realpolitischen Verhältnisse und damit einhergehenden notwenidigen Analyse, sich vieles, bisher nur im stillen Kämmerlein Formuliertes auszumalen, nach Machbarem abzuklpofen, mit anderen daran weiter zu spinnen. Für die anderen widerum hat dieses Rumspinnen eine strategischee Bedeutung, um den revolutionären Prozeß für uns vorstellbarer zu machen.
diese kurz angedeuteten unterschiedlichen Herangehensweisen und Kontroversen bei den oben angeführten Problemfeldern der Utopiediskussion kommen in dem Papier nicht so deutlich zum Vorschein. Umso wichtiger war dann für uns die Diskussion mit unseren politischen freundInnen danach, über ihre schriftlichen Stellungnahmen zu unserem Geschreibsel. Hier wurden dann die Widersprüche, Schwächen, Leerstellen und Stärken des Utopie-Entwurfs uns allen viel deutlicher.
Wir wollen unsere Rohfassung, die ausgiebig kritisiert wurde, allein nicht bearbeiten. Warum machen wir das halbfertige Papier jetzt einer breiteren Öffentlchkeit zugänglich?
Hauptmotivation ist bei fast allen, durch eine weitere Streuung der Idee, Diskussionen anzuregen, neue Aspekte, die uns bislang verborgen blieben, mitzukriegen und durch den Austausch mit vielen gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln, die konkreter und genauer als bislang sind.
In unserem diskussionszirkel gibts aber auch andere Beweggründe: Das Papier veröffentlichen, um die "Geheimniskrämerei" zu beenden und um die Gerüchteküche über die "Strategiediskussion eines ZK-Zirkels" zu stoppen. Es gab ja deswegen schon Konflikte in WG's, wer's nun lesen darf und wer nicht. Aber unabhängig davon will mensch in einem größeren Kreis als bisher, z.B. in einer AG über die Wirtschaft in WB derzeit und nach der Befreiung diskutieren.
Dagegen gabs aber auch Widerspruch: Mensch wolle lieber in einer kleinen AG mit Leuten weiterreden, die sich kennen. Das Interesse habe mensch weniger an Wirtschaft und Räten oder ähnlich abstraktem Zeugs als vielmehr an Erziehung, Schule, Frauen-Männer in einem befreiten Westberlin - also Dinge, die mehr mit unserem unmittelbaren Alltag zu tun haben.
Ein anderer Mensch war deshalb für die Veröffentlichung unserer Diskussion, weil nur so sich die Idee von einer befreiten Stadt verbreitern könne, nur so viele Leute in der Stadt sich dazu ihre Gedanken, von ihren von uns ganz unterschiedlichen Erfahrungen aus, machen könnten. Eine Idee gehe entweder unter oder sie wird sich durchsetzen. Die Utopien seien nicht für die unmittelbare Alltagsarbeit brauchbar. Wichtig sei eher, das darüber wieder laut nachgedacht wird, was wir



dem Kapitalismus bzw. Realsozialismus eigentlich entgegen zu setzen haben.

Zusätzlich besteht die Hoffnung bei einigen von uns, daß die Idee, so unausgegoren sie noch ist, doch in die konkrete politische Arbeit mancher Menschen einfließen könnte.

Auf jeden Fall wollen wir, daß die Idee eines befreiten Westberlin nicht nur eine Utopie bleiben soll. Um dahin zu kommen, müssen die einzelnen Vorstellungen wesentlich konkreter ausgearbeitet werden; darüberhinaus sollten wir uns auch Gedanken über die Realisierbarkeit unserer Träume, also den konkreten nächsten Schritte für den Zeitraum bis zur tatsächlichen Verwirklichung machen, welche Kämpfe wir wie angehen müssen.

Völlig klar ist natürlich auch, daß wir an der aktuellen Entwicklung in der DDR, an den programmatischen Diskussion über Räte, Selbstverwaltung oder die zu ergreifenden Maßnahmen für eine Reform der Wirtschaft nicht vorbeigehen können - ja sie machen die Notwendigkeit noch mal deutlich, unsere eigenen utopischen-programmatischen Vorstellungen von einer befreiten Gesellschaft zu präzisieren.

Die anstehende Arbeit wollen wir in verschiedenen Arbeitsgruppen bewältigen. diese Arbeitsgruppen sollen prinzipiell offen sein, es spricht allerdings auch nichts dagegen, wenn Leute ganz ohne Rückkoppelung mit uns von der Utopie angeturnt sind und für sich selbst erst mal weiterdiskutieren.

So, genug davon: Das weitere Vorgehen dachten wir uns folgendeermassen. Ab sofort wird im Kopierladen M99 ein Ordner mit dem ursprünglichen Utopie-Papier plus einer kleinen Leseanleitung ausliegen. Wer Lust hat, kann das einsehen, kopieren usw. Zu diesem ersten Papier gibt es Antworten, Stellungnahmen und eigene Utopien, von denen die Autoren aber keine generelle Veröffentlichung wollen. Wer sich von dem Utopie-Papier angesprochen fühlt und gerne weiterlesen und-arbeiten will, hat zwei Möglichkeiten:

Es wird a. 16.12. um 17 Uhr im Arbeitslosenladen, Bethaniendamm (Villa Krause) ein Treffen von Leuten geben, die an der Bildung von AG's interssiert sind oder schon in einer arbeiten. Wer auf kontinuierliche Arbeit an dieser Utopie Lust hat, soll da hinkommen und sich einkluinken. In diesen AG's kann dann die weitere Diskussion nachgelsen werden. Wer keinen Bock auf AG's hat oder selber für sich was machen will und generell Interesse an der Diskussion hat, soll selber eine Stellungnahme schreiben und sich damit in die Diskussion einkliken. Dann können auf dem obigen Treffen die Antorten,Stellungnahmen ausgetauscht werden.

Wer keine Lust auf das Treffen hat, kann auch eine Karte an die Stadtteilgruppe c/o Arbeitslosenladen schreiben und kriegt dann das Papier zugeschickt.

Termine

Donnerstag, 23.11.

17.00 "Nacht und Nebel", Video über die Massenvernichtung der Juden im faschistischen Deutschland und das Aufkeimen faschistoiden Gedankenguts in der BRD, im El Locco, Kreuzbergstr. 43

18.00 Adelante, Silvia Sarria + Iràn Mayorga berichten über **Arbeit und Organisation in Nicaragua**. Veranstaltung im Mathegebäude der TU, R 041.

19.00 "Dark Spring" ist ein Film über Liebesutopien von Frauen. Gezeigt wird das "Deja-vu"- Erlebnis einer Frau, die am Ende einer fixierten und am Anfang einer utopischen Liebesbeziehung steht. Im El Locco.

20.00 Frauen-VV zum Internationalen Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen am 25.11. im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a. Siehe Interim 78, S.27. **In der letzten Interim war der Termin falsch. Sorry.**

Dazu gibt's bis zum 2.12., Mo.- Fr. 14.-18.h und Sa. 10-14h, eine **Ausstellung** im Infoladen Dritte Welt, Thomasstr. 11-13, U-Bhf. Karl-Marx -Str.

21.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

21.00 + 23.00 "Die Gentechnik entläßt ihre Kinder", "Petunien mit Restrisiko", Filme im Polit-Kino im K.O.B., Potsdamerstr. 159, 1-30.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29

Freitag, 24.11.

??.?? Veranstaltung zum Frauenwiderstandstag: International gegen Sextourismus und Heiratshandel, im Infoladen Dritte Welt Thomasstr. 11-13, U-Bhf Karl-Marx-Str.

19.00 Landlosenbewegung in Brasilien, 12 Mio. vom Land vertriebene Menschen, Landbesetzungen in ganz Brasilien. Ziele - Vorstellungen - Hoffnungen. Information und Diskussion mit Alceu Campigotto und Arnildo Fritzen, 2 Vertreter der Landlosenbewegung, im Gemeindehaus St. Thomas, Bethaniendamm 29, 1-36.

19.00 "Ich will", Video über die mangelnde Fähigkeit einer verkappten Gesellschaft, wie auch immer geartete Gefühle zu zulassen. Der 17-jährige Florian, der von seinen Alten in Reizwäsche beim Wixen erwischt wird, will sein Leben durchsetzen, gegen ein bürgerliches Elternhaus und für die Beziehung zu seinen Freund Rene, die ihm den Mut gibt, seine Träume und Phantasien zu verwirklichen. Im El Locco

19.00 Uhr
Antifa-Kiezpalaver Wedding
Cafe Oromo Olayaana
Prinzenallee 80
U-Bahn: Pankstraße

21.00 Macht "Macht" Frauen mächtig. Eine Vorstellung und Auseinandersetzung des Artikels von Friederike Kamann im Schwarzen Faden Sondernummer "Feminismus-Anarchismus" "Es gibt noch eine ander Macht, als die Macht über andere, nämlich die Macht über das eigene Leben, es den eigenen Vorstellungen entsprechend zu leben. Im El Locco.

22.00 Solikonzert für Knast- und Prozeßkosten rund um die Marchstr./Einsteinufer. Mit drei Gruppen im Drugstore, Potsdamerstr. 180.

Samstag, 25.11.



17.00 "Das schnelle Geld - Kinderprostitution", Video, BRD '85, 45 min. Über 400.000 Fälle von Kindesmißbrauch in der BRD mit steigender Tendenz. Die Nachfrage nach gesteigertem Sexkonsum in den westlichen Industrieländern wird immer größer. Der Markt wo Kinder mit 10 Jahren in die Prostitution einsteigen, in Westeuropa. wie auch in der "Dritten Welt", nimmt zu. "Normale" Männer aus "normalen" Beziehungen beuten für ihre Reproduktion und als Kompensation immer mehr die Unterdrückten der Gesellschaft aus. Im El Locco.

19.00 Sylvia Treudl: **"Ein Versuch zum Tabu"**.

Sylvia Treudl, Mitarbeiterin im Wiener Frauenverlag, berichtet aus ihrem Buch "Frauen, Gewalt, Pornographie" und Geschichten aus "Domino mit Domina". Im El Locco.

21.00 "Die erregte Frau in der Videothek", Video von Ulrike Zimmermann, BRD ,'89, 60 min, im El Locco. **NUR FÜR FRAUEN !!**

jeden Samstag

Frauentag und ab **18.00 FrauenKiezcafe** im Infoladen Lunte, Weisestr.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 26.11.

17.00 "Ich will". Siehe Fr. 19.00. Im El Locco.

18.00 Männerkiezküche:
Männerkumpanei bei der Prostitution
Prinzenallee 58 PA58

19.00 Treffen aller abgeräumten **BesetzerInnen der Sylterstr.**. Es gibt 46 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch etc.. Im Infocafé Marchstr.

19.00 "Klassenfeind", Video, BRD, 82/83, Regie Peter Stein. Im El Locco.

21.00 "Ein Leben gegen die Bürgerlichkeit" - Beauvoir Simone, Video, GB, '86. Im El Locco.

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr.

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Um was geht's denn diesmal? Unser Briefkasten ist Tag und Nacht geöffnet, Gneisenaustr. 2a.

Kinder sind erwünscht.

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

19.00 Gegen die Langeweile auf Demos und Festen machen wir einen **Chor. Mach mit.** In der Yorckstr. 59, HH., 2.OG.

20.00 Film im EX, aber auch hier war der Briefkasten wohl zu weit, dabei sind es doch nur 30 Stufen.

jeden Montag

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr.

19.00 "Das schwarzr Orchester" Dokumentarvideo, '87. der moderne Faschismus ist organisiert, strukturiert, ausgebildet, bewaffnet. Er verfügt über politische und aktive Unterstützung bei verschiedenen Staatsdienststellen. Von Belgien ausgehend verfolgen die AutorInnen die Fäden des Schwarzen Orchesters über die BRD bis England, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich. Im Infoladen Dritte Welt, Thomasstr. 11-13, U-Bahn Karl-Marx-Str.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Dienstag, 28.11.

19.00 "Beans on Toast", Video. Austria'87. The unoffical story of Liverpool. Im El Locco.

20.00 RoZ-Radio ohne Zensur, von Jugendlichen für Jugendliche, alle 14 Tage, auf 103,4 MHz.

21.00 "Ich kam von einem Ort den es in Wirklichkeit nicht gibt", Video, Uruquay,'89. Nach 11 Jahren Militärdiktatur Rückkehr aus dem Exil. Im El Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Mittwoch, 29.11.

19.00 "Dark Spring". Siehe Do. 19.00. Im El Locco.

20.00 "Utopischer Anarchismus / Projekte", Vortrag und Diskussion im A-Laden.

21.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

Mi. + Do. 21.00 + 23.00 "Vom Retortenbaby zur Genmanipulation", "Die schöne neue Welt", "Der gläserne Arbeitnehmer" Filme im Polit-Kino im K.O.B.

jeden Mittwoch

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

18.00 Autonome AlkoholikerInnen im Heilehaus, Waldemarstr.

20.00 Feministische Antifagruppe (gerade gegründet) im StudentInnenwohnheim, Siegmundshof 17, Haus B, Zim. 107. Nähe S-Bhf. Tiergarten.

Donnerstag, 30.11.

19.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

23.00 "Dark Spring". Siehe Do. 19.00. Im El Locco.

Samstag, 2.12.

11.00 Bundesweite Antifa-DEMO wegen der Ermordung von Conny in Göttingen, Wilhelmsplatz

Samstag, 9.12.

??.?? DEMO gegen die Kapitalisierung der DDR


CIHUATLAMPA
FRAUEN - THEATER AUS
NICARAGUA
CIHUATLAMPA-"der Ort,an dem die Frauen zu Göttinnen wurden"(Übersetzung)
Das Theaterkollektiv besteht aus 6 Frauen,die gemeinsam in Matagalpa leben und arbeiten.Ihr Haus hat sich zu einem Zentrum für viele Frauen der Umgebung entwickelt.Sie organisieren Seminare,Beratung,Werkstätten,beteiligen sich am Frauenradioprogramm der Region,machen Tanz-u.Malkurse,u.v.m.
Cihuatlampa spielt und lebt wochenlang auf dem Land,sie entwickeln ihre Stücke aus dem Alltag u. den Erfahrungen von Frauen.Sie wollen keine"Weisheiten"vermitteln,sondern die Frauen zum Nachdenken und Verändern anregen.
Für eine Übersetzung der Stücke ist gesorgt,vorher und nachher wollen die Frauen mit uns diskutieren!
24.11.89 CHIP 1-36 Reichenberger 45
10,-/8;
NUR FÜR FRAUEN!
26.11.89 EX 1-61 Mehringhof 5,-
20UHR